

Sonderausgabe // Dezember 2012

wmp 9

Das Magazin für den Fachbereich Sozialökonomie



60 Jahre GDFP

alte Laute - laute Alte



Der Vorstand der GdFF (v.l.n.r.): Dieter Koch, Frank Osterloh, Manfred Weichsel, Ulla Ralfs, Helga Milz. Nicht auf dem Bild sind die Vorstandsmitglieder Heinz Spilker und Gerd Dupont.

GRUSSWORTE

von GABRIELE LÖSCHPER
Dekanin der Fakultät
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Wie gratuliert man zum 60. Geburtstag?
Mit Wünschen für mindestens weitere
40 Jahre!

In ihrem langen Leben hat die GdFF schon viele Veränderungen mitbekommen und mit geprägt. Trotz ihres „reifen Alters“ ist sie weiterhin offen für Neues und beschreitet immer wieder neue Wege. Auch der Fachbereich Sozialökonomie hat viele neue Vorhaben. Bei diesen wünscht er sich Unterstützung von „Freunden und Förderern“.

Wir wollen den Fachbereich Sozialökonomie an unserer Fakultät nicht nur erhalten, sondern mit ihm auch neue Impulse setzen, die sich aus dem Selbstverständnis des Fachbereichs ableiten. In den letzten beiden Jahren ist es uns gelungen, in Forschung und Lehre neue Schwerpunkte zu entwickeln, darunter die gesellschaftlich hoch relevanten Themen Gesundheitsökonomie und Nachhaltigkeit. Auf diese Weise wird eine gute Balance zwischen bewährten Strukturen und Themen sowie neuen Frage- und Aufgabenstellungen gefunden.

Es gibt viel zu tun, und in diesen wandelbaren Zeiten ist die Unterstützung durch die GdFF umso wichtiger. Um es im Sinne von Bertolt Brechts Herrn K. zu sagen: Wir wünschen der GdFF und uns, dass wir nicht so bleiben wie wir sind, sondern uns verändern und immer wieder neue Wege gemeinsam beschreiten.

Alles Gute für die
nächsten mindestens 40 Jahre!

vom FACHSCHAFTSRAT
des Fachbereichs
Sozialökonomie

Liebe GdFF,

ihr seid 60 Jahre dabei, habt bis 2005 die HWP unterstützt und engagiert euch jetzt für deren Nachfolgeorganisation, den Fachbereich Sozialökonomie und unseren Studiengang. Nicht viele Studierende haben das Glück, einen solchen entschlossenen Bündnispartner an ihrer Seite zu haben, wenn es um den Erhalt der Werte und Traditionen ihres Studiengangs – auch und gerade in schwierigen Zeiten – geht. Die in der Präambel Eurer Satzung genannten Ziele sind auch die unseren, vor allem die Förderung eines offenen Hochschulzugangs und das Eintreten für die Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Vorbildung.

Wir Fachschaftsaktiven danken euch im Namen unserer KommilitonInnen für den treuen Beistand über die Jahre hinweg, insbesondere für die Förderung der Interdisziplinarität, die moralische und fachliche Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfung und natürlich für die Herausgabe und Unterstützung des von Studierenden für Studierende geschriebenen Magazins „VMP9“.

Wir wünschen euch und uns, dass ihr auch in den nächsten Jahrzehnten als Unterstützer und als Alumni-Organisation des Fachbereichs Sozialökonomie tätig bleibt.

EDITORIAL

Liebe Leute,

dieses Jubiläumshft zum 60. Geburtstag der GdFF erscheint als Sonderausgabe unseres Magazins VMP9. Es richtet den Blick auf die Zukunft des Fachbereichs Sozialökonomie im

- Grußworte der Dekanin und des Fachschaftsrates,
- Gespräch mit dem Sprecher des Fachbereichs Sozialökonomie,
- Interview mit dem studentischen Vertreter im Fakultätsrat und Fachbereichsvorstand,
- Beitrag über unsere Mitglieder.

Dazu kommen Beiträge zu drei zentralen Themen, nämlich zum:

- eigenständigen Profil des Fachbereichs Sozialökonomie,
- Interdisziplinären Grundkurs in der Studieneingangsphase,
- Lehren und Lernen im Bachelor-Master-Studium.

Der obligatorische Blick zurück findet sich in einer Chronik der markanten Etappen vergangener Jahrzehnte; sie nimmt am Ende des Heftes einen angemessen breiten Raum ein.

Was alle tun, können wir auch und so verweisen wir auf unsere Homepage: www.gdff.de Da kann man mehr über unsere Ziele und Aktivitäten erfahren.

Kürzer ging's nicht, Rückmeldungen dürfen ausführlicher sein!

DER VORSTAND

INHALT

Seite 2
Editorial, Grußworte

Seite 4
Zukunft des Fachbereichs
Sozialökonomie: Interview mit
Prof. Lengfeld

Seite 6
Die studentische Sicht:
Interview mit Daniel Friedrich

Seite 9
Vermischtes

Seite 10
Zum Verhältnis der Fördergesellschaft
zum Förderobjekt

Seite 12
Bedeutung des Interdisziplinären
Grundkurses

Seite 14
Konzept einer Hochschule für
Berufserfahrene

Seite 16
Schadet die Forschung der Lehre?

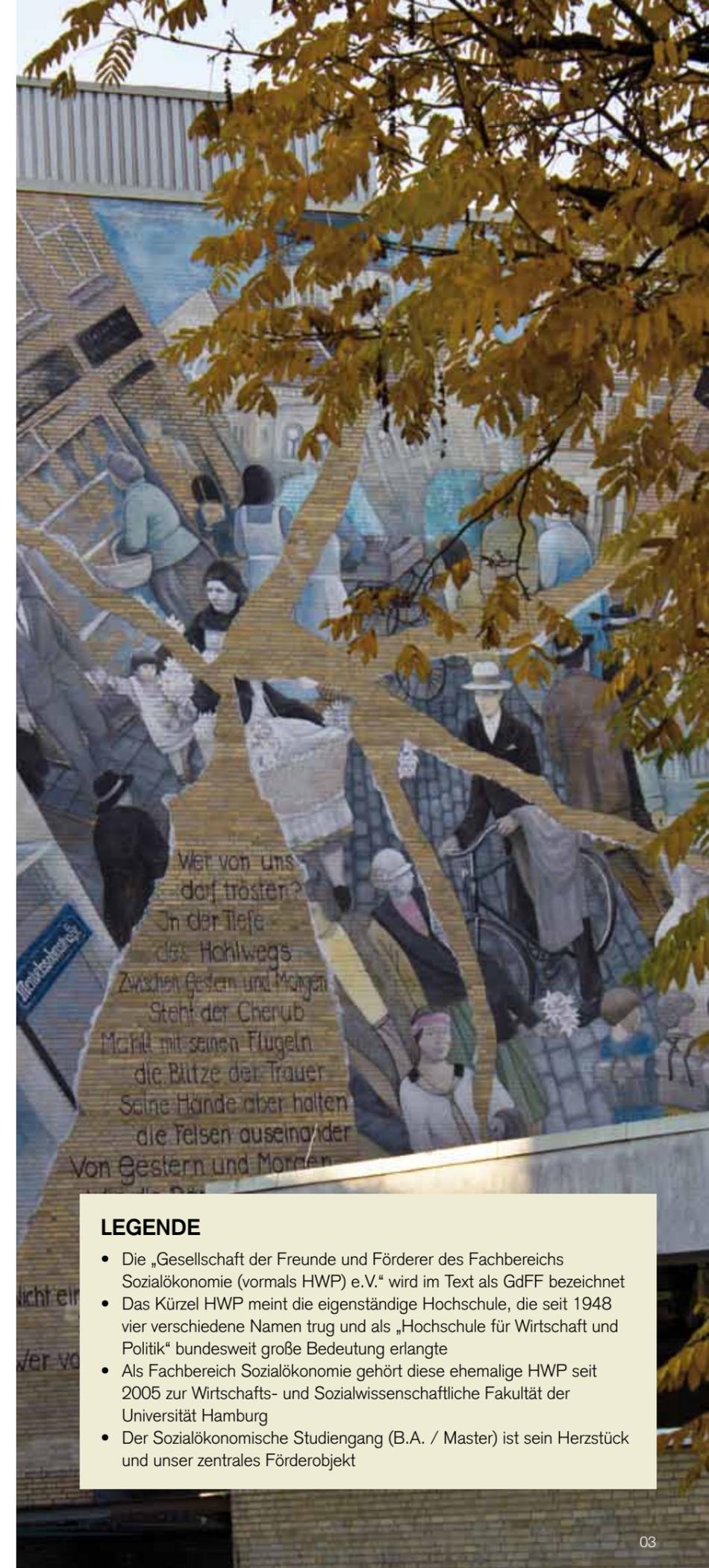
Seite 19
Vom Geld spricht man nicht – die
GdFF tut es

Seite 20
Der Verein und seine Mitglieder

Seite 23
GDFF Intern

Seite 24
Zur Geschichte der GdFF

Seite 31
60 Jahre ...und (k)ein
bisschen leise ?



LEGENDE

- Die „Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V.“ wird im Text als GdFF bezeichnet
- Das Kürzel HWP meint die eigenständige Hochschule, die seit 1948 vier verschiedene Namen trug und als „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ bundesweit große Bedeutung erlangte
- Als Fachbereich Sozialökonomie gehört diese ehemalige HWP seit 2005 zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Hamburg
- Der Sozialökonomische Studiengang (B.A. / Master) ist sein Herzstück und unser zentrales Förderobjekt

"WISSENSCHAFT BEZWEIFELT STETS BESTEHENDE WISSENSBESTÄNDE"

Das Gespräch führte Helga Milz

Prof. Holger Lengfeld über den Generationswechsel der Lehrenden und die formalen wie inhaltlichen Veränderungen von Kursangeboten.

vmp9 Als Sprecher des Fachbereichs stimmen Sie das Kollegium brieflich auf das Wintersemester ein. Was steht auf der Agenda 2013? Wir haben im Fachbereich Sozialökonomie derzeit fünf Master- und einen Bachelorstudiengang, alle „under construction“. Es gibt viel zu tun! Die Notwendigkeit der Umgestaltung resultiert einerseits daraus, dass viele Lehrkräfte ausgeschieden sind, die über Jahre die Studiengänge verantworteten. Andererseits haben wir eine Vielzahl neuer, junger Professorinnen und Professoren gewonnen, die die Lehre gestalten möchten. Daher muss es inhaltliche Veränderungen geben. Die größten Veränderungen sind, dass der Master Entrepreneurship nicht fortgeführt wird, weil wir dafür nicht mehr ausreichend Personal haben. Dafür wird es einen neuen Master „Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement“ geben, der vor allem von BWL und VWL im neu gegründeten HCHE (Hamburg Center for Health Economics) getragen wird.

vmp9 Wann wird dieser Masterstudiengang angeboten? Für welche Tätigkeitsfelder qualifiziert er? Er startet zum Winter 2013/14 gemeinsam mit der Reform der anderen Master. Und er bildet vor allem für anspruchsvolle Aufgaben des Managements von Krankenhäusern und Krankenkassen, sowie in Organisationen der Selbstverwaltung und denen nahestehenden gesundheitswissenschaftlichen Instituten aus. Darüber hinaus, und das ist wichtig für die Studierenden, werden alle Master künftig von mindestens je drei Professorinnen und Professoren verantwortet, die in der Lage sind, zu jedem Zeitpunkt die Studiengangsleitung zu übernehmen. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, was dazu führte, dass beim Ausscheiden von Verantwortlichen oft Probleme bei der Organisation entstanden.

vmp9 Wie wird der Bachelorstudiengang Sozialökonomie verändert? Ich denke, dass sich nichts Grundlegendes ändert. Wir brauchen im B.A. in der Studieneingangsphase weiterhin gut betreute Kurse, die mit einer höheren Betreuungsleistung ausgestattet sind. Das ist keine Frage! So können Studierende, die mit unterschiedlichen Erwartungen und Kompetenzen zu uns kommen, ein gleiches Niveau der Studierfähigkeit errei-

chen und vor allem ihre Fähigkeiten zum wissenschaftlichen Arbeiten vertiefen. Das ist meiner Einschätzung nach unumgänglich.

vmp9 ... also bleibt alles wie bisher? Allerdings stehen zum einen organisatorische Veränderungen an, die sich aus einer neuen Rahmenprüfungsordnung der Fakultät ergeben. Folglich muss die Prüfungsordnung für den Studiengang überarbeitet werden. Zum anderen finden inhaltliche Anpassungen im Zuge des Generationenwechsels der Hochschullehrer statt. Das betrifft die Eingangsphase und das fachspezifische Angebot in unseren vier Disziplinen, auf denen der Studiengang basiert. Und wir versuchen, das „Inter“ im Interdisziplinären weiter zu stärken, indem wir im früher freien Wahlangebot auch Themenfelder vorsehen, die sich aus Forschungsschwerpunkten des Fachbereichs ergeben. Hier werden Veranstaltungen zusammengeführt, die inhaltlich aufeinander Bezug nehmen. Also z.B. im Bereich Arbeit und Personal wären das etwa Arbeitsökonomik, Personalwirtschaftslehre, Arbeitsrecht, Arbeits- und Organisationssoziologie.

vmp9 Bleiben wesentliche Fundamente erhalten? Der gesamte Fachbereich, insbesondere aber der Bachelor-Studiengang, hat zwei wichtige Merkmale. Das eine ist die (pragmatische) Interdisziplinarität, die wir weiter zu stärken versuchen. Das Grundstudium der vier Fächer soll bestehen bleiben; auf neue Themenfelder verwies ich bereits. Das andere ist nach wie vor der offene Zugang zum Studium für beruflich qualifizierte und andere Bewerber. Beide bleiben weiterhin Kernmerkmale des Fachbereichs.

vmp9 Was wird aus der Aufnahmeprüfung? Es wird sie weiterhin geben, das steht außer Frage. Denn das ist der Weg, wie Studierende mit beruflichen Qualifikationen oder anderen Voraussetzungen zu uns zum Studium kommen. Allerdings wird die Aufnahmeprüfung seit sehr langer Zeit in mehr oder weniger unveränderter Art und Weise praktiziert. Hier kann es durchaus sein, dass es organisatorische Änderungen gibt. Wir müssen darüber nachdenken, wie man heute Kompetenzen misst, die für eine Aufnahme des Studiums vorausgesetzt werden müssen, und welche Indikatoren für Studierfähigkeit dafür genutzt werden können.

vmp9 Bei der letzten Aufnahmeprüfung gab es wieder weniger Bewerbungen als zuvor ... Wir beobachten in den letzten vier Jahren einen Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber ohne FH-Reife, also derjenigen, die typischerweise als nicht-traditionelle Studierende bezeichnet werden. Und das bewegt mich mit Sorge, weil wir damit einen Teil des adressierten Klientels für den Studiengang auch bundesweit offenbar weniger erreichen als bisher. Ich gehe davon aus, dass es weiter einen großen Bedarf für beruflich qualifizierte Studierende gibt, auch hier in Hamburg diesen Studiengang zu studieren. Möglicherweise muss man aber mehr Informationen über unser Leistungsangebot und über die Attraktivität des Studiengangs aktiver vermitteln als es früher der Fall war.

vmp9 Wie setzt der Fachbereich die Forderung „vom Beruf zum Studium“ um? Darüber hat man sich an der gesamten Universität, auch am Fachbereich Sozialökonomie, in der Vergangenheit vielleicht noch zu wenig Gedanken gemacht. Was fehlt, ist ein professionelles Studiengangsmarketing. Wenn man zum Beispiel feststellt, dass ein bestimmtes Klientel, das zur früheren HWP kam und eine enge Bindung an Gewerkschaften hatte, zunehmend wegbleibt, wenn es also weniger Nachfrage aus dieser Gruppe der nicht-traditionellen Studierenden im Zeitverlauf gibt, dann muss man sich überlegen, ob es alternative Wege der Werbung für den Studiengang gibt. Denn Institutionen, die immer weniger nachgefragt werden, müssen sich die Frage gefallen lassen: „Für wen bildet ihr eigentlich aus?“

vmp9 Gibt es Alternativen? Interessant ist, dass seit einigen Jahren sowohl auf europäischer als auch auf bundesdeutscher Ebene eine Initiative zur Stärkung der Durchlässigkeit zwischen Beruf und Studium besteht. Die hat andere Hintergründe als das, was früher für die HWP üblich war. Denn hier geht es darum, das berufliche Qualifikationsniveau in Deutschland und Europa als Wirtschaftsräume zu stärken. Das kann man gut finden oder nicht - es gibt ja kritische Stimmen über die Frage der Funktionsweise der Europäischen Union. Für uns aber ist entscheidend, dass wir dadurch eine neue Chance haben: Das, was früher aus der Perspektive einer bestimmten Gruppe als attraktiv galt, also für gewerkschaftsori-

enterte junge Leute, die studieren wollten, ist nun innerhalb der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert. Es wäre fahrlässig, diese Chance nicht zu nutzen.

vmp9 Sie sprechen „andere Hintergründe“ in der früheren HWP an: Welche? Ich meine bestimmte gesellschaftspolitische Positionen, die früher von vielen Lehrenden und auch Studierenden geteilt wurden. Die sind nach meiner Beobachtung heute nur vereinzelt in der Lehre vertreten. Das liegt zum einen daran, dass die Lehrenden eben andere sind. Zum anderen möchte aber auch die heutige Mehrheit der Studierenden sich vorrangig fachlich qualifizieren, um ihre beruflichen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen.

vmp9 Finden engagierte Studierende künftig Lehrveranstaltungen, in denen gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen wissenschaftlich bearbeitet werden? Natürlich sind solche Fragen weiterhin Gegenstand der Lehre. Aber es gibt keine bestimmten Positionen zu diesen Fragen, eher ein Spektrum verschiedener Perspektiven und Methoden, um Problemfelder aufzuschließen. Wissenschaft ist ja immer in gesellschaftlicher Verantwortung, sie stellt sich dieser Aufgabe je nach Bedarf und Reichweite, mal fachspezifisch, mal fachübergreifend. Das gilt auch für die Forderung nach Kritik und grundsätzlich kritischen Fragestellungen: Wissenschaft bezweifelt und kritisiert stets bestehende Wissensbestände. Sie treibt Erkenntnisse voran, um der Wahrheit näher zu kommen. Das ist ihr Auftrag. Wie er alltäglich in Forschung und Lehre umgesetzt wird, liegt vor allem in der Verantwortung jener, die diese Aufgaben wahrnehmen.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Holger Lengfeld, seit 2010 Professor für Soziologie insb. Makrosoziologie und Politische Soziologie, ist seit 2012 Sprecher des Fachbereichs Sozialökonomie. Er forscht zur Europäischen Integration und sozialen Ungleichheit; aktuell: Solidarität in Europa und Studium ohne Abitur. Er ist Mitglied im neu gegründeten Universitätskolleg.

„MAN KANN ÜBERHAUPT NICHT ERKENNEN, WOHN DIE REISE GEHEN SOLL“

Daniel Friedrich war vor seinem Studium bereits längere Zeit berufstätig. Im Gespräch mit Dieter Koch berichtet er über seine ersten Erfahrungen an der Universität und sorgt sich wegen der Zukunftsperspektiven des Sozialökonomischen Studienganges

Interview: Dieter Koch

„Der Fakultätsrat sollte nur für Angelegenheiten zuständig sein, die unmittelbar die gesamte Fakultät betreffen.“

vmp9 Herr Friedrich, Sie kommen aus Unterfranken. Was hat Sie nach Hamburg zum Fachbereich Sozialökonomie gelockt? Während meiner Tätigkeit als Mechatroniker in einem mittelständischen Betrieb der Automobilzulieferindustrie war ich in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit aktiv, später wurde ich Betriebsrat. Bei der Gewerkschaftsarbeit habe ich Kollegen kennengelernt, die an der HWP studiert hatten. Die meinten, dieser Studiengang sei genau das Richtige für mich.

vmp9 Da mussten Sie aber erst die Aufnahmeprüfung überstehen. Wie haben sie die erlebt? Man hat die üblichen Prüfungsängste, weil man nicht weiß, was einen erwartet. Wertvoll fand ich die vom Studienbüro und GdFF organisierte Sonntagsveranstaltung, die hat bei den Teilnehmern solche Ängste gemildert. Im Nachhinein stelle ich fest, dass die vier schriftlichen Prüfungsteile die tatsächlichen Anforderungen im Studium gut simulieren. Beim mündlichen Teil hat mich beeindruckt, dass der Prüfer sich meine schriftlichen Leistungen angesehen hatte und mir für den Teil, wo ich relativ schlecht abgeschnitten habe, gute Tipps für die weitere Vorbereitung gab. Bei Gesprächen mit anderen stellt sich aber heraus, dass es da große Unterschiede gibt. Es gibt offensichtlich keine Qualitätskriterien für die Abnahme der Prüfung. Es wäre z.B. gut, wenn alle Prüfer sich etwas mehr mit der Persönlichkeit der Bewerber und ihrer Bildungsbiographie befassen, um deren

Entwicklungspotential besser einschätzen zu können. Ich sage mal etwas frech: Auch für die Prüfer sollten Vorbereitungskurse angeboten werden.

vmp9 Wie sind denn Ihre ersten Semester verlaufen, gab es große Umstellungsprobleme? Das ging ganz gut. Dabei hat mir die Mathe I Vorlesung bei Manfred Hansen besonders geholfen. Mathe war für mich früher ein Horrorfach, jetzt weiß ich, worauf es ankommt. Nach unserem Gespräch gehe ich zur Vorlesung „Lösung ökonomischer Probleme mit mathematischen Methoden“, das ist so eine Art Mathe VI. So einen Kurs traue ich mir jetzt zu.

vmp9 Wo liegen denn die Probleme in der Studieneingangsphase? Meist bei den Methodenkursen. Die werden oft ohne Bezug zu ihrer Anwendung gelehrt. KommilitonInnen aus der Berufspraxis haben da Probleme, weil ihnen Sinn und Zweck nicht deutlich wird. Dann vermisste ich bei manchen Kursen aus diesem und anderen Bereichen, die von neuen Mitgliedern des Lehrkörpers angeboten werden, ein gutes pädagogisches und didaktisches Konzept. Diese Kombination aus einem zu geringen Realweltbezug und mangelnder Didaktik ist auch die Ursache für viele Studienabbrüche.

vmp9 Sie sind gewählter studentischer Vertreter im Fakultätsrat und Mitglied im Fachbereichsvorstand. Da interessieren uns Ihre Erfahrungen und Ihre Änderungswünsche. Mir fehlen die Vergleichsmöglichkeiten zu früher, aber auf jeden Fall müsste der Fachbereichsvorstand gewählt und nicht durch Fakultätsrat und Dekanat bestimmt werden.

Er hätte dann einen höheren Status, aber auch eine größere Legitimation für unangenehme Entscheidungen. Das würde Gewicht und Selbstbewusstsein des Gremiums stärken. Der Fakultätsrat sollte nur für Angelegenheiten zuständig sein, die unmittelbar die gesamte Fakultät betreffen. Und die Sitzverteilung bei den Statusgruppen muss geändert werden. Mir schwebt eine Viertelparität vor, zu gleichen Teilen verteilt auf Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Dozenten, Verwaltungspersonal und Studierende.

vmp9 Aber da kämen Sie doch mit der verfassungsgerichtlich festgeschriebenen Mehrheit der Professoren in Konflikt, die diese in allen Fragen, die unmittelbar Lehre und Forschung betreffen, haben müssen. Das ist richtig, aber um dem zu genügen, sollte der Ausschuss für Lehre und Studium, der für Studienreform, Planung und Organisation des Studienganges zuständig ist, aufgewertet werden. Die Studierenden sind hier besser vertreten. Hochschullehrer und Studierende haben die gleiche Anzahl von Sitzen. Aber der Ausschuss hat nur beratende Funktion. Grundsätzlich halte ich die professorale Mehrheit für ein Relikt der Steinzeit, das demokratische Entwicklungen verhindert. Außerdem mache ich die Erfahrung, dass die Statusgruppe der WiMis meist auf ihre „Arbeitgeber“ angewiesen ist. Die arbeitsvertraglichen Zwänge scheinen die Nähe oder Identifizierung mit der Meinung der ProfessorInnen zu begünstigen.

vmp9 Beschäftigen sich die studentischen Gruppen mit der für Ihre Änderungswünsche notwendigen Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes und drängen im politischen Raum auf eine Gesetzesänderung? Ja, es gibt schon unterschiedliche Gruppierungen, die wiederum unterschiedliche Meinungen haben. Sie wollen alle eine Universität, in der die dort arbeitenden Statusgruppen die Richtung vorgeben und der Einfluss von Unternehmen zurückgedrängt wird.

vmp9 Dann noch einmal zurück zum früheren Markenkern der HWP, dem Zugang zum Studium ohne an Schulen erworbene Hochschulzugangsberechtigung. Der GdFF-Vorstand hört Klagen von Professoren über die großen Defizite dieser Gruppe. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Mir ist rätselhaft, wie so ein Pauschalurteil zustande kommen kann. Da fehlt wohl die solide empirische Basis, denn aus den Prüfungsarbeiten ist es nicht ersichtlich und äußerliche Kennzeichen gibt es auch nicht. Aber natürlich wird es Einzelfälle geben, wo Studierende überfordert sind. Ich mache allerdings auch meine Erfahrungen mit Kommilitonen, die Abitur haben. Die sind in vielen Punkten genauso hilfsbedürftig. Ich glaube, dass solche Unterschiede eher davon abhängig sind, ob jemand eine Berufsausbildung absolviert hat oder nicht. Die dort erworbenen „Soft-Skills“ sind für die Bewältigung des Studiums wichtiger als der formale Schulabschluss. Aber mit diesen Unterschieden muss man leben, davon profitieren die Studierenden. Ich diskutiere auch mal gerne mit Menschen, die aus einer ganz anderen Erfahrungswelt kommen. Umgekehrt ist es wahrscheinlich genauso. Bei diesem Prozess spielen die Kleingruppen des Interdisziplinären Grundkurses eine wichtige Rolle. Hier bilden sich Arbeitsgruppen, man kann die eigenen Fähigkeiten und die der anderen einschätzen, und wenn man einen engagierten Kursleiter hat, wird klar, was Sozialökonomie meint.

vmp9 Sie sind Mitglied in zwei wichtigen Selbstverwaltungsgremien und können vielleicht einschätzen, ob der Studiengang Sozialökonomie eine gute Zukunft hat? Wo sind denn die kritischen Baustellen?

„Ich werde in meiner bayerischen Heimat oft gefragt, warum ich in Hamburg studiere und ob ich das empfehlen kann.“

Im Augenblick kann man überhaupt nicht erkennen, wohin die Reise gehen soll. Ich werde in meiner bayerischen Heimat oft gefragt, warum ich in Hamburg studiere und ob ich ihnen das empfehlen kann. Manche haben dort studiert und erzählen begeistert, wie gut das Studium war.

vmp9 Wer die HWP wirklich kennengelernt hat, weiß aber auch, dass nicht alles perfekt war. Das mag sein, was ich aber immer wieder heraushöre, ist das seinerzeit gut funktionierende Gemeinschaftsgefühl, halt die ‚corporate identity‘ wie man heute sagt. Die entsteht nur, wenn die Institution weiß, welches Profil sie nach außen und nach innen vertritt. Daran hapert es zurzeit. Es gibt immer wieder Anläufe für Profildiskussionen, die versanden aber bald. Kann sein, dass vielen die Zeit fehlt. Die Vertreter der Studierendenschaft sind voll damit beschäftigt, sich um die aktuellen Studienprobleme zu kümmern. Das fängt mit überfüllten Vorlesungen und der zeitlichen Überschneidung von Kursen an und hört damit auf, dass manche Professoren Prüfungsleistungen verlangen, die laut Prüfungsordnung gar nicht vorgesehen sind. Und viele Studierende haben auch resigniert, weil sie meinen, die gegenwärtige Entscheidungsstruktur und die Mehrheitsverhältnisse ließen ihnen keine Chance zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Bei den Professoren heißt es ständig, ihre Forschungsverpflichtungen ließen keine Zeit für die aufwendige Arbeit in Gremien und Arbeitsgruppen. Es fehlt eine offene und von vielen Mitgliedern der Hochschule getragene Diskussion. Ein Grund ist die mangelnde Transparenz bei vielen Entscheidungen. Die gesetzlich festgelegte schwache Mitbestimmung der Studierendenschaft trägt

dazu bei. Deshalb kommt auch ständig was Neues aus der Gerüchteküche. Aber um zu meiner Ausgangsbemerkung zurückzukommen. Insgesamt gesehen lohnt es sich doch, bei uns zu studieren. Wo immer ich kann, werbe ich hierfür auch in meiner süddeutschen Heimat.

vmp9 Sie nähern sich langsam dem Ende des Bachelor-Studiums. Gibt es schon Pläne für die Zeit danach? Die habe ich, ich will noch ein Studium anhängen, weil ich einfach mehr über die Funktionsweise von Wirtschaft und Gesellschaft lernen will. Voraussichtlich wird es das Masterprogramm „Global Political Economy“ sein, das von der Universität Kassel angeboten wird.

vmp9 Herr Friedrich, wir danken für das Gespräch und wünschen einen erfolgreichen Abschluss des Studiums!

ZUR PERSON

Daniel Friedrich studiert im 5. Semester des Studiengangs Sozialökonomie. Die Zugangsberechtigung hat er über die Aufnahmeprüfung bekommen. Er betont, wie wichtig Berufserfahrung für die Bewältigung des Studiums ist. Er ist studentischer Vertreter im Fachbereichsvorstand und im Fakultätsrat und kritisiert die geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden.

VERMISCHTES

Rente oder Relaunch?

2013 ist ein weiterer Jubilar in Sicht: Da feiert der Fachbereich Sozialökonomie seinen 65. Geburtstag. Seine wechselvolle Geschichte beginnt 1948 mit der „Akademie für Gemeinwirtschaft“. Deren Gründung wird ab 1946 auf Initiative von Hamburger Sozialdemokraten, von den Gewerkschaften und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen vorbereitet. 1948 nahm die Akademie ihren Lehrbetrieb in der Mollerstraße 10, Hamburg-Rothenbaum, auf. Die ersten Studierenden kamen im Oktober 1948. (vgl. S. 24ff.) Sie sollten, so das ambitionierte Ziel der Gründer, eine demokratische Alternative im mittleren Management von öffentlichen und privaten Unternehmen bilden und den überfälligen Generationswechsel nach 1945 vollziehen.

Bücher zu unserer Geschichte gesucht!

Wer an der Chronik, Geschichte und den Wurzeln und Netzwerken der HWP wie ihren Vorgänger- und Nachfolgeeinrichtungen interessiert ist, sei an zwei hauseigene Veröffentlichungen erinnert:

- Bärbel von Borries-Pusback: Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945-1955. (Leske-Budrich-Verlag), Opladen 2002
- Wulf D. Hund (Hg.): Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie. 50 Jahre Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, (VSA-Verlag),

Die beiden Bücher haben uns viele Anregungen für unser Jubiläumsheft geliefert. Sie sind leider seit Jahren vergriffen. Wir möchten sie nachdrucken, aber für die Überarbeitung und Neuauflage ist viel zu klären und zu tun. Aber wir werden häufig nach diesen Büchern gefragt und stehen mit leeren Händen da. Deshalb bitten wir alle, die mehrere Exemplare erwarben oder das eigene abgeben könnten, sich bei uns zu melden: Wir vermitteln den Büchertausch.

Impressum

Herausgeber: Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. (GdFF)
Postanschrift: GdFF, Fachbereich Sozialökonomie, Universität Hamburg, von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg
Redaktion: Dieter Koch (V.i.S.d.P.), Helga Milz, Manfred Weichsel
Layout: Christian Koch **Fotos:** Tilmann Seifert
Auflage: 2.000



Immer noch „HWP“?

Bis heute wird zu Veranstaltungen in die „HWP“ eingeladen. Fachbereich Sozialökonomie? „Lohnt es, sich den neuen Namen einzuprägen?“, fragen ältere Verantwortliche. Es dauert. Die HWP war jahrzehntlang eine bekannte Adresse für viele Organisationen, Vereine, Initiativen, Komitees und Einzelkämpfer, die zu den „heiligen Hallen“ der Universität Hamburg nur schwer Zugang fanden. Dazu gehörten das Auschwitz-Komitee, Antifa-Gruppen ebenso wie Friedensfrauen, ökologische Initiativen, Umweltgruppen, Grüne, Bunte, Wilde, Autonome, Tierbefreier, Hafenstraßeninitiativen und die berühmten Frauenwochen. Sie nutzten die Offenheit der HWP, wo jene, die abseits des mainstreams unterwegs waren, akzeptiert wurden. Das trug zur sozialen Integration eines breiten Spektrums von gesellschaftspolitischen Initiativen bei. Getagt und gefeiert wird im Fachbereich Sozialökonomie immer noch unter dem Logo HWP. Die Überschüsse gehen an den Nothilfefonds, seit Jahrzehnten engagiert betreut von Silke Wittich-Neven. Er hilft Studierenden durch kurzfristige, kleinere Darlehen in wirklich ausweglosen Situationen.



ZWISCHEN FREUNDSCHAFT UND FÖRDERUNG

Text: Dieter Koch

Über das fragile Verhältnis eines Hochschulfördervereins zu seinem Förderobjekt: Die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. und der Fachbereich Sozialökonomie.

Wieso fragil? Die Aufgabe eines Fördervereins ergibt sich aus seinem Namen. Er fördert die Hochschule/einen Studiengang. Aber beide sind eigenständige Organisationen. Hochschulen verändern ihre Studiengänge, ihr Profil und ihre corporate identity und - wie in unserem Fall - den Namen. Konflikte sind deshalb nicht ausgeschlossen. Die GdFF hat im Gleichtakt mit den Veränderungen der geförderten Hochschule, begonnen mit der „Akademie für Gemeinwirtschaft“ ihren Namen mehrfach angepasst. Der Artikel über die Geschichte der GdFF informiert darüber. Die durch Auflösung der HWP fällige Anpassung ist nicht leicht gefallen. Man erkennt es am Zusatz „vormals HWP“ im Vereinsnamen. Erschwerend kommt hinzu, dass das eigentliche Förderobjekt, der „Fachbereich Sozialökonomie“, nach dem Hamburgischen Hochschulgesetz nicht entscheidungsbefugt ist. Vertragspartner des Kooperationsvertrages ist deshalb die übergeordnete Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bei konkreten Fördermaßnahmen spricht man aber die Lehrenden und Lernenden des Fachbereiches an. Und Studienreform und Profilbildung kommen nur über Basisdiskussionen und nicht durch Beschlüsse der nächsthöheren Ebene in Gang.

Die in der Satzung der GdFF beschriebenen Vereinsziele gehen über die bloße Existenz des Förderobjektes, also eines Fachbereiches Sozialökonomie, hinaus. Sie fordern ein bestimmtes Profil und eine bestimmte Organisation

des Studienganges und der Zugangsbedingungen ein. Entsprechen diese nicht mehr der Satzung der GdFF, hat der Verein drei Möglichkeiten:

- Er kann sich anpassen, degeneriert letztlich zu einem Ehemaligen-Verein.
- Er kann sich aus Gründen der Selbstachtung auflösen
- Er kann für eine bestimmte Ausrichtung des Förderobjektes kämpfen.

Denkbar und von einzelnen Mitgliedern gefordert, wäre eine Neugründung der HWP. Aber es lohnt nicht, in eine solche Diskussion einzusteigen. Dieses Vorhaben würde die GdFF weit überfordern, denn politisch starke Akteure sind hierfür weit und breit nicht in Sicht. Der GdFF-Vorstand steht deshalb geschlossen hin-

ter der oben genannten dritten Variante. Die GdFF soll auch in Zukunft nicht primär eine Alumni-Vereinigung - jetzt für den Fachbereich Sozialökonomie - sein. An erster Stelle der Aktivitäten steht vielmehr die Umsetzung der bildungspolitischen Grundsätze, die in den Leitbildern der früheren HWP und der GdFF stehen. Damit wird klargestellt, dass die GdFF gegenüber den Verantwortlichen für den Studiengang inhaltliche Erwartungen hegt und nicht nur eine Organisation der „Absolventenpflege“ sein soll.

Doch welche Handlungsmöglichkeiten hat die GdFF? Mit der Arbeitstagung 2007 hat sie eine bis heute fortdauernde und fruchtbare Zusammenarbeit mit den Studierenden begründet. Damals wurde mit dem Gründungsdekan und dem Prodekan unter vielfältiger Beteiligung der

Aufgaben von Professoren geben der Lehre einen zu geringen Stellenwert. Das passt nur bedingt zum HWP-Modell. Dabei bestanden solche Widersprüche zwischen den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Erfolgsvoraussetzungen des HWP-Modells schon früher. Aber die Wirkungen der vom Verfassungsgericht gesetzten Professorenmehrheit in allen Gremien wurden in doppelter Hinsicht abgemildert. Erstens bestanden basisorientierte Gremien wie die Fachschaften weiter. Hier konnten Studierende frühzeitig akute Probleme artikulieren. Und weil bei den Professoren basisdemokratisches Denken weit verbreitet war, wurden Konflikte schon an der Wurzel erkannt und ausdiskutiert.

Probleme zwischen GdFF und Förderobjekt gab es schon in den 70er Jahren. Wegen der Kapazitätserweiterung vervielfachte sich der Lehrkörper. Es waren meist junge Wissenschaftler, geprägt durch die Umbruchszeit der 60er Jahre, und mit Ideen, wie man die Lehre, die sie selber erleiden mussten, verbessern kann und erfüllt vom Wunsch, Gesellschaft und Wirtschaft zu verändern. Der im Artikel zur Geschichte der GdFF beschriebene Konflikt wegen des „Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ war auch ein Nebenkriegsschauplatz zwischen dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“, bei dem H.D. Ortlieb, einer der Gründungsväter der HWP, Gründungsmitglied war, und dem „Bund demokratischer Wissenschaftler“, in dem sich viele der neuen Lehrkörpermitglieder der HWP organisierten. Anzumerken ist noch, dass sich H.D. Ortlieb, in Wikipedia noch als

Sozialist bezeichnet, erfolglos mit den Studierenden verkämpfte und bei der Diskussion um das Apartheidregime in Südafrika vollkommen auf die falsche Seite geriet. Aber Zeit heilt offensichtlich Wunden: Er wurde zur 50-Jahrfeier der HWP eingeladen, nur Krankheit verhinderte seine Teilnahme.

Doch der Blick zurück hilft nicht für das Handeln von morgen. In der Vergangenheit war die besondere Berücksichtigung von Bewerbern ohne Abitur Markenkern der HWP, bis in die 70er Jahre hinein sogar ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Hochschullandschaft. Das reicht heute für ein zukunftsfähiges Profil nicht aus. Seit langem sind die Studierenden ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung in der Minderheit. Eine große Mehrheit der Studierenden hatte aber vor dem Studium eine mehrjährige Berufspraxis. Daraus ergab sich das Profilmerkmal „Hochschule für Berufserfahrene“. Das seit der Gründung bestehende fächerübergreifende Studienangebot lockte zusätzlich Abiturienten ohne Berufserfahrung an. Das ergab eine hinsichtlich biographischer Merkmale sehr heterogene Studierendenschaft. Trotzdem entwickelte sich eine nach innen und außen hochwirksame corporate identity, mit der sich noch sieben Jahre nach Auflösung der HWP große Teile der Studierenden identifizieren. Darauf sollte die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften setzen. Der Fachbereich Sozialökonomie ist dann für die anderen Fachbereiche weder Konkurrenz, noch gefühlter Störfaktor, sondern eine Bereicherung. <<

WAS IST UND SOLL EIN INTERDISZIPLINÄRER GRUNDKURS?

Der Fachbereich Sozialökonomie ist aus der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik hervorgegangen, für die bei ihrer Vereinigung mit der Uni gesetzlich festgeschrieben wurde, dass sie ihr eigenständiges Studium beibehalten solle, unter anderem mit der Besonderheit eines interdisziplinären Studiums. Warum hielt das Hamburger Parlament, das Element „Interdisziplinarität“ für so wichtig? Was versteht man darunter?

Text: Karl-Jürgen Bieback

Das Konzept

Die Bedeutung der Interdisziplinarität lässt sich an drei Beispielen der Eingangsphase eines wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiums deutlich machen.

1. Der interdisziplinäre Grundkurs (IGK) der HWP lief in den ersten Jahrzehnten über zwei Semester mit je vier Stunden. Teams von je zwei Lehrenden aller vier Fächer einigten sich auf ein Konzept mit gleichen Texten (aus allen vier Fächern) zu drei Gebieten: Arbeit und Produktion, Markt und Konsum und Staat und Gesellschaft. Die monodisziplinären Kurse liefen parallel mit ähnlicher inhaltlicher Abfolge. Alternativ dazu gab es später auch IGKs mit einem gemeinsamen Thema, wie „Risikogesellschaft“ oder „Nachhaltigkeit“. Der IGK wurde in Kleingruppen abgehalten und mit einer gemeinsamen Klausur, später mit einer Hausarbeit abgeschlossen. Zur dieser Eingangsphase zählte auch der Kurs „Politische Geschichte“.

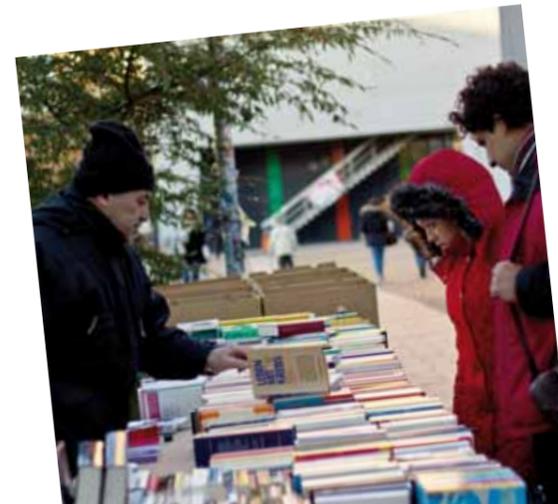
2. Die Wirtschaftsuniversität St. Gallen (Schweiz), eine der renommiertesten Wirtschaftsfakultäten Europas, konzentriert 25 % der Zeit des ersten Studienjahrs auf das „Kontextstudium“ auf den Gebieten Handlungskompetenz (Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens und Lernens), Reflexionskompetenz (übergreifende Kurse aus Philosophie, Geschichte, Soziologie und Psychologie) und kulturelle Kompetenz (Literatur und Kultur fremder Länder) vgl.: <http://www.unisg.ch/Studium/Bachelor/Assessmentjahr/WasBedeutetAssessmentjahr.aspx>.

3. Die Universität Lüneburg beginnt ihr erstes Semester für alle Studierenden (meist Lehramt und Wirtschaft) mit einer Woche der Gruppenarbeit zu einem Thema (im letzten Jahr „Nachhaltigkeit“). Dann folgen Kurse zu vier Modulen „Wissenschaft macht Geschichte“, „Wissenschaft nutzt Methoden“, „Wissenschaft kennt disziplinäre Grenzen“ und „Wissenschaft trägt Verantwortung“ (vgl.: <http://www.leuphana.de/college/idee.html>).

So unterschiedlich die Konzepte, so groß die Gemeinsamkeiten,

denn immer steht der frühzeitige Erwerb allgemeiner Qualifikationen im Zentrum, die man für das spätere Studium und die sich ständig ändernden Anforderungen der späteren beruflichen Praxis braucht: Erstens: Alle lernen, wie man lernt und was die „wissenschaftliche Herangehensweise“ ist und welche praktisch-berufliche Relevanz sie hat. Zweitens: Es soll ein übergreifendes Wissen über Gesellschaft vermittelt werden, aus dem sich historisch die einzelnen Wissenschaften entwickelt haben und auf das sie auch heute noch zurückgreifen. Was ist allen Wissenschaften gemeinsam an Methoden und Inhalten und was ist der jeweils spezifische Zugang des Fachs? Drittens: Das Studium soll auch „Bildung“ vermitteln. Es stehen übergreifende Fragen im Zentrum, wie die unterschiedlichen Konzepte von Gerechtigkeit oder die Verantwortung eines Fachs für das Allgemeinwohl, auf das jede gesellschaftliche Praxis als „Ressource“ zurückgreifen muss und, so die Annahme, zu dessen Erhaltung jede wissenschaftlich basierte Tätigkeit beitragen muss.

Für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften speziell geht es um die Basisannahmen (z.B. das ökonomisch rational handelnde Individuum; das Funktionieren in Organisationen) und die Frage, in welchem Maße sie überhaupt empirische Wissenschaften sind? Kann man in ihnen von „Gesetzmäßigkeiten“ ausgehen und Prognosen über Verhalten wagen (haben mittlerweile die Wettervorhersagen für die nächsten 6 Monate eine größere Verlässlichkeit als die Vorhersagen über die Wirtschaftsentwicklung im gleichen Zeitraum). „Interdisziplinarität“ meint dann eher ein Miteinander der Wissenschaften, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede verstehen, Multidisziplinarität eher ein Nebeneinander wissenschaftlicher Fächer, das dann aber daran scheitern kann, gemeinsam Sprache und Verständnis des Problems zu finden, während Transdisziplinarität die Grenze zwischen den Fächern aufhebt, zwischen zweien (wie Biophysik) oder allen (Wissenschaftstheorie).



Wie lehre und lerne ich für einen wissenschaftlich basierten Beruf?

Die Grundannahme all dieser drei „interdisziplinären“ Studienmodelle ist, dass die Praxis keine „Fachidioten“, sondern Spezialisten mit einem breiten Hintergrundwissen braucht, die an komplexe Sachverhalte mit ihrem Fachwissen und zugleich dem Wissen herangehen können, dass es weitere Aspekte für die Problemlösung gibt und sie mit anderen Fachleuten auf einer gemeinsamen Basis kommunizieren können müssen. Und dass man diese gemeinsamen und übergreifenden Aspekte der Einzelwissenschaften und der praktischen Probleme, am besten nicht erst lernen sollte, wenn man sich ein „Fachwissen“ angeeignet hat, sondern parallel zur Fachausbildung, als Kontrast zu und als Teil von ihr.

Wer meint, Interdisziplinarität könne erst erlernt und praktiziert werden, wenn man „disziplinär“ ausgebildet sei, behauptet eine strikte zeitliche Abfolge im Lernprozess. Dazu drei Bedenken. Erstens: Er muss sich fragen, weshalb es nicht sinnvoll sein soll, dass was „Wissenschaft“ ausmacht, gesondert zu thematisieren und weshalb man es nur an einem speziellen Fach lernen soll. Zweitens: Wenn ein wissenschaftliches Studium wie auch später wissenschaftlich basierte Berufspraxis sich vor allem dadurch auszeichnet, dass sie „selbstreflexiv“ ist, d.h. weiß, warum sie was tut und welche Wirkungen, das, was sie tut, haben könnte, dann muss sie sich immer wieder selbst in Frage stellen können. Das setzt auch den Blick von außen auf die eigene Wissenschaft und ihre Praxis voraus. Drittens: „Selbstreflexiv“ ist ein Studium auch als Studium. Die Studierenden sollen lernen, was mit ihnen an der Universität geschieht, welche Sichtweisen hier (oft unhinterfragt) eingeübt werden, wie sie selbst lernen und ihr Lernen verbessern können.



Gute Ideen und schlechte Praxis

Der IGK an der HWP litt in den letzten Jahren an der gleichen Missachtung, mit der der Universitätsbetrieb insgesamt die Eingangsphase des Studiums behandelt. Man hat zwar erkannt, dass hier Kleingruppen und intensive Betreuung notwendig sind. Aber man überlässt dies den Anfängern in der Hierarchie der Lehrenden, obwohl es um die schwierige Aufgabe geht, die Basis des Fachs, die Zusammenhänge mit anderen Fächern und die Grundlagen wissenschaftlicher Methoden zu vermitteln. Die klare Vorstellung, was im IGK gelehrt und gelernt werden sollte, ging verloren. Oft reduzierte er sich darauf, zu lernen, wie man eine Hausarbeit schreibt, was nur ein Aspekt des IGK sein kann. Der IGK ist oft nicht mit der Lehre in den Fachdisziplinen verzahnt, er ist nicht einmal mehr eine Vorbereitung auf sie.

Statt den IGK noch mehr zu amputieren, sollte man ihn reformieren. Die drei erwähnten Beispiele zeigen, dass hier viele Modelle bewährt und erprobt sind. Der Fachbereich sollte debattieren, ob er die Universität noch als Ort der Bildung versteht und was das konkret für die Eingangsphase bedeutet. Wenn alle Fakultäten und Fachbereiche der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angesichts des Bachelorstudiums dasselbe machen, warum will dann der Fachbereich „Sozialökonomie“ nicht auch in der Eingangsphase einen eigenen Akzent setzen? Die WiSo-Fakultät und die Universität Hamburg sollten überlegen, ob sie nicht groß genug dafür sind, nicht nur das zu tun, was die anderen Unis auch tun, sondern auch etwas anderes.

HOCHSCHULE FÜR BERUFSERFAHRENE. EIN MODELL MIT ZUKUNFT!

Text: Sigrun Nickel, Lothar Zechlin

Die Hochschule für Wirtschaft und Politik war während ihrer Geschichte stets eine „andere“ Hochschule. Sie unterschied sich sowohl von den Universitäten wie auch von den in den 70er Jahren aufkommenden Fachhochschulen.

Wer einfach immer das macht, was alle machen, muss sich nicht besonders legitimieren, es reicht, in dem allgemeinen Strom des Geschehens mitzuschwimmen. Wer anders ist, kann sich das nicht leisten. Er muss damit leben, dass seine Andersartigkeit immer wieder in Frage gestellt und neu begründet werden muss. Andersartigkeit ist anstrengend.

Diese Erfahrung hat die HWP im Verlauf ihrer Geschichte nicht nur einmal gemacht. 1948 als „Akademie für Gemeinwirtschaft“ gegründet, musste sie schon bald das Spektrum ihrer Zielgruppen erweitern, weil sich die Gemeinwirtschaft und ihre Berufsfelder nicht wie erhofft entwickelt hatten. Das kam 1961 in der Namensänderung zur „Akademie für Wirtschaft und Politik“ zum Ausdruck. Dadurch war aber die Unterscheidung zu anderen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bildungseinrichtungen entfallen, die ebenfalls für Berufsfelder in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ausbildeten, zumal die HWP rechtlich 1970 zu einer „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ und 1991 zu einer „wissenschaftlichen Hochschule“ mit Promotions- und Habilitationsrecht geworden war. Ihre eigentliche Identität, mit der sie ihre Andersartigkeit bewahrte, entwickelte sie deshalb als „Hochschule des 2. Bildungsweges“, indem sie als ihre wichtigste Zielgruppe Studierende ohne Abitur ansah, an die 60 Prozent der Studienplätze vergeben wurde. Erst als infolge der größeren sozialen Durchlässigkeit des Schulbereiches der Bedarf nach Studienplätzen für NichtabiturientInnen in den 90er Jahren abnahm, wurde diese Form von Andersartigkeit brüchig und 1996 durch



Dr. Sigrun Nickel ist Projektleiterin am CHE Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH, und hat vielfältige Berufserfahrung in Hochschulmanagement, -forschung und -politik, u.a. war sie 1992-1999 Leiterin der Abteilung für Kommunikation und strategische Hochschulentwicklung der HWP

das neue Leitbild mit der Aussage „Unsere wichtigste Zielgruppe sind Personen mit Berufserfahrung“ (d.h. mit und ohne Abitur) ersetzt. Damit schlug die HWP früher als andere Hochschulen den Weg in Richtung Lifelong Learning ein, ein Ansatz, der durch die europäischen Bildungsreformen mittlerweile eine große Bedeutung im deutschen Bildungssystem bekommen hat. Sie hätte sich damit erneut zu einem Trendsetter entwickeln können, wäre nicht die Fusion mit der Universität Hamburg dazwischen gekommen.

Von der Gemeinwirtschaft über den 2. Bildungsweg zur Hochschule für Berufserfahrene: Anstrengend sind solche



Prof. Dr. Lothar Zechlin war 1991 bis 1999 Präsident der HWP, danach Rektor der Universität Graz und Gründungsrektor der Universität Duisburg-Essen. Zurzeit leitet er das Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung (ZfH) der Universität Duisburg-Essen.

Veränderungen, weil sie über ihre bloße Symbolik hinaus tatsächlich gelebt werden müssen. Es reicht nicht, sich lediglich umzubenennen, sondern die Veränderungen müssen in die alltägliche Praxis in Lehre, Forschung und Nachwuchsausbildung Eingang finden. Was also würde sich ändern, wenn mit dem neuen Leitbild Ernst gemacht würde, und wäre das im Rahmen der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg überhaupt noch realistisch?

Reflexion und Praxis

Zunächst einmal müsste allen Beteiligten klar sein, dass mit dem Leitbild „Hochschule für Berufserfahrene“ tatsächlich

etwas anderes gemeint ist als eine Hochschule des 2. Bildungsweges. Es gibt zwar viele Gemeinsamkeiten, weil die „NichtabiturientInnen“ der HWP fast alle über Berufserfahrung verfügen und die HWP deshalb ihre Lehre immer schon auf diese Besonderheit abgestellt hatte. Über Berufserfahrung können aber auch AbiturientInnen verfügen, so dass es auf die Art des Schulabschlusses gar nicht mehr ankommt. Stattdessen tritt die Berufserfahrung in den Vordergrund. Wenn sie zu dem profilbildenden Merkmal werden soll, muss sie für die Ausgestaltung von Lehre, Forschung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses konstitutiv werden. Berufliche Erfahrungen prägen die Motivation der Studierenden und NachwuchswissenschaftlerInnen, die sich bewusst für einen Ausstieg aus oder zumindest eine Änderung ihrer bisherigen Lebensweise entschieden haben. Um an diese Motivation anzuknüpfen, muss ein tradiertes Verständnis von wissenschaftsfremder Praxis und unpraktischer Wissenschaft durch einen „wissenschaftlichen Praxisbezug“ überwunden werden. Dieser setzt sich ab von einem naiven Verständnis von Praxisbezug in dem Sinne, dass die Berufspraxis den Hochschulen sagen und ihnen gegenüber durchsetzen könnte, wie sie ihre Studiengänge oder Forschungsarbeiten zu gestalten hätten. Er setzt sich aber auch ab von einem Verständnis der Wissenschaft als um sich selbst kreisendes Geschehen, als „Elfenbeinturm“, in dem praktische Anforderungen schlicht nicht vorkommen. „Wissenschaftlicher Praxisbezug“ bedeutet, dass Hochschulen die an sie gerichteten Anforderungen der Praxis wahrnehmen, sich mit ihnen kritisch, d.h. reflexiv auseinandersetzen und sie selbstbestimmt beantworten.

Ein solches Verständnis prägt ihre Lehre, mit der Studierende zu einer Änderung ihres beruflichen und gesellschaftlichen Handelns befähigt werden. Es beeinflusst nämlich die Inhalte, Methoden und auch die Form des Lehrangebotes, z.B. durch Weiterbildungs- und Teilzeitstudiengänge. Und es prägt ihre Forschung, die mit einer eigenen Position zwischen „reiner Grundlagenforschung“ und „reiner Auftragsforschung“ das berühmte Versprechen von Kurt Lewin „There is nothing more practical than a good theory“ einlösen könnte.

„Probleme der Praxis orientieren sich nicht an den wissenschaftlichen Disziplinen“

Von besonderem Interesse könnten dabei berufsbegleitende Promotionen sein, die sich mit sonst schwer zugänglichen empirischen Fragen befassen und durch besondere Programme mit Freistellungen, Stipendien, u.a. unterstützt werden. All das erfordert eine interdisziplinäre Vorgehensweise, denn die Probleme der Praxis orientieren sich nicht an den wissenschaftlichen Disziplinen. Auch darin liegt ein Spannungsfeld zu der Wissenschaft, die disziplinär organisiert ist. Disziplinen erhalten zwar „Anregungen“ aus den „Nachbardisziplinen“, mit denen gemeinsam neue Problemstellungen erarbeitet werden, die Problembearbeitung selber erfolgt aber weiterhin in den Disziplinen selbst, die sich sogar noch stetig weiter ausdifferenzieren.

Professional School

Wesentliche Elemente dieses Konzeptes hatte die HWP implementiert, die Frage lautet deshalb, ob sich diese Linie auch als Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg realisieren und weiterentwickeln lässt. Der Wissenschaftsrat hat sich im Jahr 2010 in seinen „Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen“ dafür ausgesprochen, „ver-

stärkt alternative Leitbilder zu dem der forschungsorientierten ‚World Class University‘ zu entwickeln“, „die Einrichtung von Professional Schools zu fördern“ und „den Einseitigkeiten des Exzellenzdiskurses entgegenzuwirken“. Das muss nicht nur auf neue, fachlich geprägte Hochschultypen wie z.B. Business Schools, Schools of Government, Law Schools u.a. gemünzt sein, sondern lässt sich auch auf Einrichtungen innerhalb von Hochschulen beziehen. Als Musterbeispiel für „Professional Schools“ dienen z.B. im Rahmen der LehrerInnenbildung Departments, die als „School of Education“ firmieren und unterschiedliche Disziplinen wie Pädagogik, Psychologie, Soziologie u.a. integrieren. Ein bekannter Protagonist derartiger Subeinheiten, Hans N. Weiler, hält sie sogar wegen der Notwendigkeit dieser Fächervielfalt innerhalb großer Universitäten für besser aufgehoben als wenn sie rechtlich selbständige Hochschulen wären, vorausgesetzt, sie verfügen über hochschulinterne Autonomie. Die ist nämlich für das eigene Profil erforderlich, mit dem eine Professional School ihre Andersartigkeit durch Exzellenzkriterien sichtbar macht, die sich von „den Einseitigkeiten des Exzellenzdiskurses“ abheben. Dies müsste auch innerhalb der Universität Hamburg möglich sein. Die Fakultät würde sich nicht nur als innovativ erweisen, sondern auch auf den Wissenschaftsrat berufen können. Und da in einer auf die Berufserfahrung und nicht den Schulabschluss abstellenden Einrichtung auch Studierende ohne Abitur Studienbedingungen vorfinden, die auf ihre Besonderheiten zugeschnitten sind, würde sich vielleicht sogar der Rückstand wieder aufholen lassen, in den Hamburg im Bundesländervergleich in den letzten Jahren bei dieser Studierendengruppe geraten ist. In einer neueren Studie (Nickel/Duong 2012) werden Erfolgsfaktoren von Hochschulen aufgezeigt, die sich durch eine besonders gute Durchlässigkeit zwischen Beruf und Studium auszeichnen. Dazu zählen vor allem ein breites Angebot an E-Learning und flexible Studienzeitmodelle, die eine Verbindung von Beruf und Lernen ermöglichen. Diese Ansätze, die in der HWP bereits teilweise vorhanden waren, könnten im Rahmen einer Professional School weiter entwickelt werden. Darin läge eine Chance auch für die Universität Hamburg.<<

Literatur

Hund, Wulf d. (Hrsg.) (1998), Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie. 50 Jahre Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Hamburg: VSA-Verlag (mit zahlreichen einschlägigen Beiträgen)

Nickel, Sigrun / Duong, Sindy (2012), Studieren ohne Abitur. Monitoring der Entwicklungen in Bund, Ländern und Hochschulen, Gütersloh: CHE. Download: http://www.che.de/downloads/CHE_AP157_Studieren_ohne_Abitur_2012.pdf, abgerufen am 02.10.2012

Weiler, Hans N. (2003), Professional Schools. Ein Bündnis von Anwendungsbezug und Wissenschaftlichkeit, in: Titscher, S., Höllinger, S. (Hrsg.), Hochschulreform in Europa – konkret, Opladen: Leske + Budrich, S. 253 ff.

Wissenschaftsrat (2010), Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, Drs. 10387-10, Köln: Wissenschaftsrat

Text: Ulla Ralfs

SCHADET DIE FORSCHUNG DER LEHRE?

Die von außen angestoßenen Reformen der universitären Lehre und Forschung sind nicht genutzt worden, um sich ein für alle Mal von einer unzeitgemäßen Lehrpraxis zu verabschieden. Eher ist das Gegenteil eingetreten: Im Namen einer effektiveren Forschungspraxis wird die sogenannte grundständige Lehre auf dem Bachelor-Level zusehends randständig behandelt.

Universitäten befinden sich – wie nahezu alle großen Institutionen der Moderne – in einem Wechselspiel aus Zustimmung und Kritik, wobei ihr zentraler Wert, der in der Formel „der Einheit von Forschung und Lehre“ festgeschrieben ist, mal in die eine, mal in die andere Richtung auseinandergenommen wird und ihr Unzulänglichkeiten entweder in der Forschung oder der Lehre attestiert werden. So galten Universitäten beispielsweise Mitte der 90er Jahre als nicht besonders erfolgreich in der Lehre – das Stichwort der Massenuniversität machte die Runde und allein die Bezeichnung Masse reichte aus, um einen Anschein von Fehlentwicklung, gar Verwahrlosung zu suggerieren –, gleichzeitig wurde aber ihre ebenfalls schwächelnde Forschungsbilanz umstandslos auf die Annahme zurückgeführt, dass zu viel Lehre der Forschung schade.

Die Probleme in der Lehre, die in der sich ausschließlich auf Vermessung (heutzutage spricht man in diesem Zusammenhang von Evidenzbasierung) verlassenden Öffentlichkeit an den Indikatoren Studiendauer und Studienabbruch, aber nie an inhaltlichen Fragen wie „Was ist eigentlich unter sich verändernden Rahmenbedingungen eine gute Lehre?“ festgemacht wurden, sollten – so jedenfalls die Hoffnung von Hochschulpolitikern – sich nicht zuletzt durch den Bologna-Prozess wie von selbst erledigen. Die hierzu aus dem angloamerikanischen Hochschulraum implementierten Steuerungselemente wie etwa die Umstellung auf eine Output-Orientierung, nach der jedes universitäre Curriculum bis hin zur Post-Doc-Ebene sich detailliert an Lernzielen ausweisen muss, sowie die Einführung gestufter Abschlüsse mit eingebauten Selektionsbarrieren und reduzierter

Durchlässigkeit, galten als Non-Plus-Ultra einer sich reformierenden Hochschule, jedenfalls was die Lehre betraf.

Nahezu unisono kritisierte die Hochschullehrerschaft diese Entwicklung als Verrat am Humboldt'schen Ideal, um einerseits die alten Curricula in die neuen Formen zu pressen und andererseits die zeitlichen Restriktionen der Strukturreform zu nutzen, die es erlaubten, die Studierenden in ein gnadenlos anmutendes Zeitregime einzubinden. Das allortem beklagte Phänomen der zeitlichen Verdichtung des Lernstoffes – so die hier vertretene These – ist nicht endogen, das heißt durch die Reform als solche verursacht worden, sondern erweist sich als Konsequenz der Fortschreibung einer tradierten Lehrpraxis. So ist auffällig, dass sich zwar die als bewährt empfundenen Inhalte in den Modulbeschreibungen wiederfinden lassen, die Lern-

zielformulierungen aber unterkomplex bleiben, obwohl die Reform verlangt, dass wissens-, haltungs- und kompetenzorientierte Ziele zuerst ausformuliert werden, bevor Lerninhalte bestimmt werden. Sicher lässt sich um die praktische Erreichbarkeit kompetenzorientierter Lernziele trefflich streiten, aber sich an ihre Ausformulierung zu machen, verändert die Fragerichtung: Schließlich muss jetzt nicht mehr nur die Frage beantwortet werden, was gelernt, sondern auch wie am besten gelernt werden kann und soll. Und auf dem Weg zu der Beantwortung kommt man nicht umhin, auch die eigene Lehrpraxis kritisch ins Visier zu nehmen.

Stattdessen macht sich die Praxis breit, die Anwesenheit der Studierenden zu kontrollieren, und dies nicht nur zu Beginn jeder Veranstaltung, sondern auch durch eine willkürliche Verdichtung von im Laufe der Veranstaltungen zu erbringenden Leistungen, wie Protokolle, Abstracts und dergleichen mehr. Studierende, die unter diesem rigorosen Leistungs- und Prüfungsregime die mit ihrem Leistungseinsatz verbundenen Opportunitätskosten abwägen müssen, reagieren konsequent: Sie investieren ganz wenig in Veranstaltungen, bei denen Möglichkeit besteht auszuweichen – sei es, weil Lehrende sich an die vorgegebene Prüfungsordnung halten und keine Zusatzprüfungen einführen und/oder

„Es gibt weit und breit keine positive Orientierung an modernen Lehrpraxen, wie sie etwa in den skandinavischen Ländern erprobt werden“

keine Anwesenheitskontrollen durchführen – und viel in Veranstaltungen, in denen der von Lehrenden eigenmächtig erzeugte Leistungsdruck herrscht. Diese Kontrollpraxis stellt den signifikantesten Verstoß gegen das Humboldt'sche Ideal dar, das aufseiten der Studierenden vor allem eine intrinsisch motivierte Lernbereitschaft vorsieht: Sie führt zu einer personalen Disziplinargewalt im Lehrbetrieb.

Durch sie verkommen die Universitäten (erneut) zu antiquierten Einrichtungen. Denn während Schulen und Wirtschaftsunternehmen, ja selbst die in klassischer Disziplinargewalt so geübten Fabriken zunehmend auf Selbstregulation und -motivation setzen, haben sich die sozialen Verhältnisse an ihnen genau umgekehrt, ist ein erzwingender, mit Bedrohungskommunikation verknüpfter Lehransatz restituiert worden. Auf diese Weise ist aber auch die Chance vertan worden, die extern angestoßene Bachelor- und Masterreform für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Lehrpraxis zu nutzen und jene soziokulturellen Veränderungen, wie die Heterogenisierung der Studierenden-

schaft durch Migrationsbewegungen, die Entwertung des Abiturs als alleinigem Zugang zur Hochschule und die damit verknüpfte Bedeutung des Zweiten und Dritten Bildungswegs, die Entwertung kanonisierten Wissens, und damit auch eines erheblichen Teils des wissenschaftlichen Wissens, durch Digitalisierung und autodidaktisch funktionierende Wissenskulturen etc. so wahrzunehmen, dass neue Lehr- und Lernarrangements konzipiert werden können.

Einige empirische Untersuchungen, die Lehr- und Lernpraxis an deutschen Universitäten auch und gerade nach der Bologna-Reform untersuchen, bestätigen diese Vermutung: Es gibt weit und breit keine positive Orientierung an modernen Lehrpraxen, wie sie etwa in den skandinavischen Ländern oder auch in Großbritannien erprobt werden und/oder sich seit Langem bewährt haben. Sorgfältig dokumentiert ist der nach wie vor vorherrschende Frontalunterricht mit ganz geringer Aufforderung zur Beteiligung, aber was noch viel problematischer ist, die andauernde Signalisierung von Unzulänglichkeit, gar Dummheit in Richtung Studierende. Hierdurch – so die Ergebnisse einer Studie – wird aber letztendlich nur die Lernoffenheit aufseiten der Studierenden blockiert und lahmgelegt, werden kontraproduktive Effekte erzeugt, die erst jene Verschulung akademischen Wissens hervorbringen, die



„Wenn die in den 90ern geäußerte Annahme, die Lehre schade der Forschung, zutrifft, lässt sich heutzutage eher das Gegenteil behaupten.“

dann anschließend beklagt wird. Jedenfalls kann von einem selbstgesteuerten Lernen im Sinne einer interessengeleiteten individuellen Vertiefung fachlicher Inhalte nicht mehr die Rede sein. Selbst das Selbststudium, das jetzt nur noch auf die vielen Prüfungen gerichtet ist, unterliegt somit einer Fremdsteuerung, da auch hier das Studierendenverhalten durch entpersonalisierte Aufgaben, Folien und antizipierte, bzw. als Altklausur einsehbare, Prüfungen reguliert und diszipliniert wird.

Im selben Atemzug lassen die Universitäten aber auch zu, dass akademische Bildung immer weniger ein öffentliches Gut ist, auf das alle BürgerInnen einen Anspruch haben. So überlassen sie aufgrund ihres Selbstbezugs auf ein überholtes Idealbild, was denn ein Studierender sein und leisten sollte, insbesondere Absolventen des Zweiten und Dritten Bildungswegs, aber auch Abiturientinnen, die vor dem Studium eine Berufsausbildung gemacht haben, privaten Anbietern. Hierdurch verfehlen sie nicht nur ihren Auftrag, einen Beitrag zur Aufhebung von sozialer Ungleichheit, die auf Bildungsressourcen basiert, leisten zu müssen. Sie tragen auf diese Weise auch dazu bei, dass soziale Ungleichheit fortgeschrieben und verfestigt wird.

Diese Probleme in der Lehre werden aber noch durch eine weitere Tendenz verstärkt, die mit der anderen Seite der vielbeschworenen Einheit von Lehre und Forschung zu tun hat: der Forschung. Lange galten deutsche Universitäten zwar als gute, nicht aber als sehr gute Einrichtungen zur Forcierung von Forschung. Die – wie es in der heutigen, am ökonomischen Diskurs orientierten Sprachformel heißt – exzellente Grundlagenforschung wurde in außeruniversitären Forschungseinrichtungen organisiert, so durch die Max-Planck-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft

Deutscher Forschungszentren etc. Erst mit der Exzellenzinitiative und der Umstellung der Professorenbesoldung von der C- auf die W-Besoldung, die finanzielle Belohnungen in allererster Linie an die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Menge der betreuten, abgeschlossenen Promotionen) und die Einwerbung von drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten gebunden hat, bildete sich zusehends eine exponierte Stellung der universitären Forschung heraus. In Orientierung an die natur- und ingenieurwissenschaftliche Forschungspraxis wurden deren „Qualitätskriterien“



auf alle Disziplinen ausgedehnt, auch die Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die Pädagogik, sodass in wenigen Jahren, vor allem aber mit dem generationsbedingten Austausch der Professorenschaft eine Ausrichtung auf Forschung und nicht auf Lehre vonstattenging. Wenn die in den 90ern geäußerte Annahme, die Lehre schade der Forschung, zutrifft, lässt sich heutzutage eher das Gegenteil behaupten: Die Forschung schadet der Lehre. Und das gilt umso mehr, als es sich bei den drittmittelfinanzierten Projekten in den seltensten Fällen um Forschungsfelder, -fragen und -methoden handelt, die die Forschenden wirklich umtreiben,

sondern vielmehr um solche, die auf der Agenda der forschungsfördernden Institutionen stehen. Verlangt wird von den ProfessorInnen deshalb in allererster Linie ein Forschungsmanagement und weniger eine ruhelose, gar leidenschaftliche Suche nach Wahrheit. Auch hieraus kann kein Impuls für eine gute Lehre erwachsen.

Was aber haben diese Entwicklungen mit uns, der ehemaligen HWP zu tun? Alles, denn in einem atemberaubenden Tempo werden Differenzierungen und Wahlmöglichkeiten im Angebot, wird der Interdisziplinäre Grundkurs in seiner bisherigen Form abgeschafft und durch große Vorlesungen ersetzt, bei denen die prekär beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter in „abhängiger Lehre“ als akademische Tutorien fungieren und den frontal vermittelten Lernstoff nacharbeiten müssen. Ein hohes inhaltliches Pensum, Zeitdruck und repetitive Prüfungsformen führen so überwiegend zu einem oberflächenorientierten Lernansatz. Prüfungen, auch willkürlich abverlangte, erhalten damit ein viel zu hohes Gewicht in unserer Lernkultur, das von den Lehrenden in seiner Bedeutung für den Lernprozess der Studierenden offiziell nicht kritisch reflektiert, sondern zunehmend als strukturelle Notwendigkeit vertreten wird. Alle Anstrengungen und Bemühungen, eine moderne Lehr- und Lernkultur zu etablieren, die den sozialen Wandel im Auge hat und kosmopolitische, zur Perspektivenvielfalt fähige Persönlichkeiten heranbilden will, werden von dieser Entwicklung einfach weggewischt. Wozu aber benötigt die Uni Hamburg, benötigen die BürgerInnen Hamburgs einen weiteren Fachbereich, der sich so gut wie gar nicht von den schon vorhandenen Angeboten unterscheidet, in disziplinärer Ausrichtung aber nicht mit den anderen mithalten kann? <<

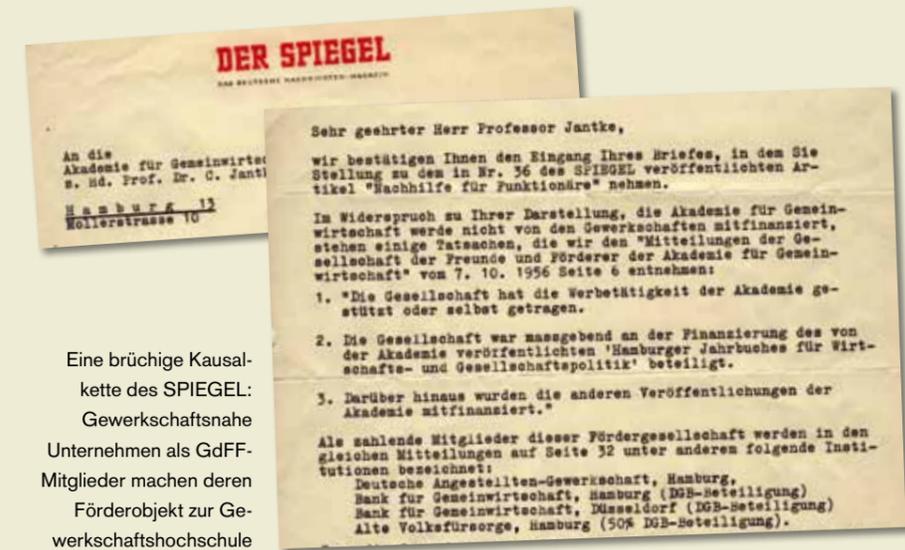
ÜBER GELD SPRICHT MAN NICHT. DIE GDFF TUT ES.

Text: Dieter Koch

Reich ist sie nicht. Die Gesellschaft der Freunde und Förderer hat keine Großspender. Viele Absolventen der letzten 60 Jahre haben zwar bemerkenswerte Berufsbiographien. Der große Reichtum, aus dem sich Mäzenatentum speist, ist nicht dabei.

So lebt die GdFF brav und solide von 45 Euro Mitgliedsbeitrag pro Jahr, der ermäßigte von 10 Euro für Studierende ist ein kleiner Beitrag zur Fixkostendeckung. Juristische Personen, sprich Unternehmen, zählen nicht zu den Mitgliedern. Das war in Anfangszeiten anders. Damals gehörten große Unternehmen der Gemeinwirtschaft dazu. Die „Volksfürsorge“, das Versicherungsunternehmen der Gewerkschaften, die Bank für Gemeinwirtschaft und mehrere Unternehmen aus dem Bereich der Konsumgenossenschaften. Ältere Mitglieder erinnern sich an deren herrlich an der Alster gelegene Schule, wo die GdFF ihre Mitgliederversammlungen zelebrierte. Einige Studierende bekamen bis in die 60er Jahre Essensgutscheine für die Kantine der „Volksfürsorge.“ Der „Spiegel“ vermutete mehr. Mit diesen Mitgliedschaften rechtfertigte er sein Etikett der „Gewerkschaftshochschule“, das er 1957 verteilte. Soviel zur über Jahrzehnte hinweg eher langweiligen Einnahmenseite.

Anders die Ausgabenseite, sie ist immer ein Spiegelbild der Vorstandsaktivitäten gewesen. Und nur die ist für das Förderungsobjekt von Interesse. Mitte der 70er Jahre hat zum Beispiel ein aufmerksamer Rektor der HWP nachgefragt, wie viel für die Hochschule übrig bleibe, wenn man die Kosten der von der HWP getragenen Mitgliederverwaltung der GdFF gegenrechne. Dass die GdFF für ihre Mitglieder je ein Exemplar des „Hamburger Jahrbuches für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ kaufte, sicherte zwar die Finanzierung der bald umstrittenen Publikation, die unentgeltliche Weitergabe des Buches an die Mitglieder bei gleichzeitig relativ hohem Vermögen gefährdete aber die Gemeinnützigkeit.



Eine brüchige Kausalkette des SPIEGEL: Gewerkschaftsnahe Unternehmen als GdFF-Mitglieder machen deren Förderobjekt zur Gewerkschaftshochschule

Neue Vorstände räumten auf, finanzierten größere Projekte, veranstalteten Symposien, förderten die Sommerhochschule, die sich als Keimzelle für das Institut für Weiterbildung entwickelte und unterstützten Aktivitäten zur Erhaltung der Selbständigkeit der HWP.

Die Eingliederung in die WiSo-Fakultät erforderte dann einige Konsolidierungsjahre. Die aktuellen Finanzpläne signalisieren aber Handlungsspielräume, die u.a. durch eine Drittelung der Verwaltungskosten ermöglicht wurden. Sie sollen genutzt werden für die Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der Lehre. Für einen im Kooperationsvertrag abgesprochenen Lehrpreis werden zweijährig 5.000,- Euro ausgelobt, für die besten interdisziplinären Bachelorabschlussarbeiten jährlich 1.750,- Euro. Für die Förderung des interdisziplinären Grundkurses sollen jährlich 2.000,- zur Verfügung gestellt werden.

Zweiter Schwerpunkt ist die Öffentlichkeitsarbeit. Die GdFF hat in den letz-

ten Jahren immer zwischen 3.000,- und 5000,- Euro für Plakatwerbung und für Anzeigen in Zeitschriften zur Verfügung gestellt. Das sollte potentiellen Bewerbern vermitteln, dass mit der Auflösung der HWP nicht auch das frühere Studienmodell verschwunden ist. Der dritte größere Ausgabeposten ist die Finanzierung des von Studierenden getragenen und von der GdFF verantworteten Magazins VMP9.

Die Entscheidung, Geld auszugeben, ist nur die Hälfte der Wegstrecke. Immer ist Zusammenarbeit, ja sogar voranschreitende Aktivität des Fachbereichs Voraussetzung. Die ausgelobten Preise können nur Anreize geben, die Arbeit müssen Mitglieder des Fachbereiches leisten. Öffentlichkeitsarbeit setzt ein klares und von möglichst vielen getragenes Ausbildungsziel und –profil voraus. Notwendig ist deshalb, dass der Fachbereich ein klares Ausbildungsprofil entwickelt und dies der Öffentlichkeit werbend präsentiert. Die GdFF kann und will gerne unterstützend helfen.

Text: Dieter Koch, Helga Milz

DER VEREIN UND SEINE MITGLIEDER

Ein Verein lebt von seinen Mitgliedern. Nach einer 2006 vorgenommenen brachialen Bereinigung der Mitgliederdatei verblieben 524 Ehemalige, die mit ihrem Beitrag die Existenz der GdFF sicherten, um das HWP-Studienmodell zu unterstützen.

Die Zahlen steigen seither leicht an. Neue Mitglieder treten bereits während ihres Studiums ein. Das macht Mut, stellt uns aber vor die Frage: Was erwarten Studierende von der GdFF? Was bieten wir ihnen?

Die Entwicklung der Mitgliederstruktur spiegelt die Hochschulgeschichte. Wie früher bei den Studierenden liegt der Frauenanteil bei den „ganz alten“ Mitgliedern weit unter 10%. Aufschlussreich ist die GdFF-Mitgliederquote eines Lehrganges. Die Mitgliederquoten bei den Lehrgängen ab Mitte der 60er bis Anfang der 80er Jahre sind bis heute die höchsten, obwohl das Studium fast ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Bei den Lehrgängen ab 1990 sinken die Anteile der Mitglieder pro Lehrgang. Eine Ursache könnte die wachsende Zahl der Abiturienten in der HWP sein. Absolventenbefragungen haben mehrfach belegt, dass deren emotionale Bindung an die Institution geringer ausgeprägt ist. Aber auch die Schichtzugehörigkeit spielt eine Rolle: Wenn Abiturienten als erste in der Familie studieren, sind sie oft unsicher und suchen sich Fächer, die offen und daher einladend sind: Dazu gehören HWP / FB Sozialökonomie, die nicht nur in dem Ruf stehen, soziale Ungleichheiten zu thematisieren, sondern dies auch tun. Nach 2000 trug offenbar die bevorstehende Integration der HWP zu einem Rückgang der GdFF-Mitgliederquote bei; es gelang uns nicht, einen wesentlichen Teil der Absolventen zu binden. Warum bleiben (ältere) HWP-Absolventen GdFF-Mitglieder, obwohl es „ihre“ Hochschule nicht mehr gibt? Warum kommen junge Studierende in die GdFF? Was bieten wir ihnen?

Aus zahlreichen Gesprächen wissen wir, dass viele rückblickend vor allem eine große Zufriedenheit und Dankbarkeit empfinden, weil sie die Möglichkeit hatten, an dieser Hochschule zu studieren. Sie konnten nur so ihrem Leben und Arbeiten einen Schub in eine andere Richtung geben. Daran knüpfen sie eine solidarische Haltung und Bereitschaft, sich für die Nachkommen zu engagieren. Ihr Anliegen ist, sich für die Öffnung von Universitäten für Berufserfahrene und für die Offenheit des Umgangs mit „Kindern kleiner Kumpel“ einzusetzen. Sie verfolgen hochschul- und bildungspolitische Debatten und votieren für eine stärkere Durchlässigkeit der Universitäten, damit man endlich reibungslos vom Beruf ins Studium wechseln kann. Das Studieren ohne Abitur war für sie „die Chance ihres Lebens“: Sie soll anderen zugutekommen!

Sicher spielen für die Bindung an „die alte HWP“ nostalgische Erinnerungen eine Rolle; sie nähren die Identifikation der Ehemaligen. Die GdFF liefert Anknüpfungspunkte und Anlässe, sich auf eigene Studienzeiten zu besinnen und aktuelle Reformprozesse zu verfolgen. Sie motiviert dazu, mit den einstigen Studierenden und Lehrenden Kontakt aufzunehmen. Wie bei vielen Vereinen verdankt sich die Mitgliedschaft auf Dauer einer Mischung aus Treue, Trägheit, Tradition und lieb gewordenen Gewohnheiten. Selbst bei nachlassender emotionaler Bindung oder gar Vorbehalten gegenüber dem aktuellen Förderungsobjekt bleiben viele in der GdFF, weil sie den Bezug zu dem Ort, der Zeit, zu bestimmten Menschen und Inhalten aus dieser wichtigen Phase ihrer Biogra-



„Ich wollte meinen Wissenshorizont erweitern und die sozialen und kapitalorientierten Zusammenhänge im Kontext der christlichen Soziallehre besser verstehen.“

GOTTFRIED PARZER
16. Lehrgang

„Das Spektrum an Wissen, die kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, in der ich lebe und das Kennenlernen von interessanten Menschen war das, was ich im Kopf und im „Geiste“ mitnehmen konnte.“

ATTILA PINKERTON
62. Lehrgang

fie halten und bewahren wollen.

Wir haben Mitglieder und Absolventen gefragt, was das HWP-Studium für sie bedeutet. Dankbarkeit steht im Vordergrund. Ob es einer von den „Alten“ ist, wie Gottfried Parzer (Abschluss 1965): Für ihn war, „die Erweiterung seines Wissenshorizontes“ wichtig und „das Bestreben, die sozialen und kapitalorientierten wirtschaftlichen Zusammenhänge im Kontext der christlichen Soziallehre (besser) zu verstehen“. Oder Sabine Ritter, die 1997 als knapp Dreißigjährige mitten in der sog. Familienphase steckte und das Studium an der HWP begann: Sie habe nicht nur viel Neues gelernt, sondern auch festgestellt, dass sie „mit dem Lesen, Forschen, Hinterfragen nicht mehr aufhören konnte“. Nach dem Aufbaustudium Kriminologie hat sie an der HWP promoviert, als diese schon in die Universität integriert war. Sabine ist jetzt eine voll ausgelastete und hochzufriedene Universitätslektorin in Bremen, die das Lernen, Lehren und Forschen leidenschaftlich betreibt und so ihre Studierenden ansteckt. Sie hat diesen Weg trotz und wegen(!) ihrer drei Kinder durchgezogen. Augenzwinkernd betont sie, dass das HWP-Studium ihren „wissenschaftlichen Eros“ geweckt habe. Das rockt!

Und man kann auf Ludwig Maier aus Landsberg verweisen: Ludwig liebt Leute. Er absolvierte nach dem Hauptschulabschluss eine Ausbildung zum Landmaschinenmechaniker in einer abgelegenen Werkstatt, vermisste den Kontakt zu Menschen, suchte sich Arbeit in einem Industriebetrieb, engagierte sich mit Jugendlichen in der



„Auch nach dem HWP-Studium konnte ich mit dem Lesen, Forschen, Hinterfragen nicht aufhören. Es hat meinen „wissenschaftlichen Eros“ geweckt.“

SABINE RITTER
77. Lehrgang

IG Metall und hörte von der HWP im fernen Hamburg, an der man mit einer Aufnahmeprüfung die Studienberechtigung erwerben könne. Das versuchte er erfolgreich und wollte schnell studieren. Aber dann erlebte er ab 1994, dass das Studium ihm systematische „Blicke über den Tellerrand“ bot und alles in Frage stellte. Er staunte, verschlang neugierig und wissensdurstig viele Bücher, engagierte sich praktisch in sozialpolitischen Fragen, bewunderte die ungeheuren Wissensbestände in den Bibliotheken und Köpfen der Profs, verlor aber nie seine enge Bindung an Bayern, seine Heimat, seine Familie, seinen Betrieb, seine Gewerkschaft und seine großen Landmaschinen. Er brachte uns bei, bayrisch zu verstehen, lernte etwas plattdeutsch, versuchte, allen und allem gerecht zu werden und den Spagat auszuhalten. Das Diplom hat ihm den Weg zum Traumjob geebnet: Ludwig ist Leiter der Abteilung Wirtschaft beim DGB-Bereich Bayern und lebendig und lustig wie eh und je, wenn er von „denen da oben“ redet und kalauert und Hamburg meint, wo es diese für ihn so bedeutsame Studienchance gab, die er allen von Herzen empfiehlt: „Passt scho!“

Für Joachim Schaller, RA in Hamburg, ist die GdFF „das einzige Netzwerk, das noch in organisierter Form die Leitvorstellungen der HWP vertritt“ und für den offenen Zugang zum Studium für Berufserfahrene streitet. Ursula Caberta, die um 1970 studierte, setzt auf eine große Zukunft des Studienganges und ist sich sicher, dass „die jungen Leute von heute ihre Chance erkennen und nutzen“, wenn sie offensiver um und beworben werden. Dabei seien die Semester im Ausland von unschätzbare Bedeutung!

Auch Kathrin M., die ihr Studium 2012 abschloss, hätte wie Gwen F. ihre speziellen Vorstellungen von einem guten Leben und Arbeiten ohne Aus-



landserfahrungen nie verwirklichen können. Hätte es nicht „die Firma HWP&Nachfolger“ gegeben, hätte sie das Studium abgebrochen. Sie testete die Uni, aber das Coole, Anonyme, Abgehobene etc. schreckte sie ab. Als Abiturientin schätzte sie den „bunten HWP-Laden“, an dem sie mit ihrem großen Freundeskreis „ausgiebig und gründlich“ studierte. Heute fällt es ihr schwer, ihn endgültig zu verlassen. Der Raum bot AGs Halt und Orientierung: Er solle weiterhin für Kinder kleiner Leute wie sie, die „von Haus aus eher unsicher und unelitär“ seien, weit offen stehen. Sie hatte wie Ulli J. oder Claudia S., beide Abiturientinnen, die heute Psychologie studieren, während des Studiums viel gejobbt und nach Orientierungen fürs spätere Arbeitsleben gesucht. Sie brauchte Zeit und wir Profs Geduld, um die ausstehenden Examen stetig anzumahnen: Schluss mit Kuscheln!

Gwen fand „ihren“ Beruf und Platz in einem Kollegium, das die Organisation der Betreuung von Behinderten managt. Das kann sie, dazu hat sie geforscht und geschrieben. Ähnliche Wege gingen die Freundinnen. Sie studierten und jobbten in Teilzeit, „durchsuchten“ die Arbeitswelt nach Problemen und Themen, bearbeiteten sie und setzten die so erworbenen Kompetenzen schließlich bei der Bewerbung und beruflich ein.

Und schließlich sei noch eine imposante Biografie erwähnt, die für einige Hans-Böckler-Stipendiaten der letzten Lehrgänge typisch ist. Alle kamen über die Aufnahmeprüfung: So auch Stefan K., der ab 2008 am FB, danach für ein Jahr in GB studierte, 2010 mit dem B.A. in Hamburg abschloss, dann nach Wuppertal wechselte, um dort 2012 mit dem Master abzuschließen. Er ist nun für die Geschäftsleitung eines großen Unternehmens im Südwesten unterwegs, um die personelle Aus- und Weiterbildung zu organisieren. Die HWP kennt er eigentlich nur noch vom Hörensagen: Er studierte am Fachbereich Sozialökonomie, wusste aber, dass seine Gewerkschaftskollegen (IG BCE) mit ihrer kleinen oder großen Karriere an der HWP starteten.

Das galt auch für die Wolfsburger, die über ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der IG Metall früh in die betriebliche Weiterbildung kamen, von der Aufnahmeprüfung hörten, am FB studierten, im Ausland waren und nach dem B.A. oder Master zurück ins VW-Werk nach Emden oder Wolfsburg gingen, um dort erneut in betriebliche oder gewerkschaftliche Tätigkeiten einzusteigen. Für aktive Gewerkschafter gelten noch die Traditionen, Ideale und Maximen jener alten HWP, die dafür stand, „dass ein gezielt gefördertes Studium auf dem zweiten bzw. dritten Bildungsweg möglich bleibt.“ Diese Ehemaligen wertschätzen die Interdisziplinarität in der Lehre, die ihnen Einblicke in vier Fächer bot. Sie profitieren von ihren einst mutigen Auseinandersetzungen mit Positionen des politökonomischen Mainstreams. Und sie nutzten in vorlesungsfreien Zeiten Praktika und Teamertätigkeiten, „um nicht abzuheben und am Boden und bei den Leuten zu bleiben, um die es uns geht.“

Diesen Freiraum bot die HWP; er existiert weiterhin. Dafür wirbt die GdFF <<

PERSÖNLICHES



Fred Mertens

lebte im beschaulichen Bingen am Rhein und wollte im letzten Jahr unbedingt als 90-Jähriger zur Mitgliederversammlung der GdFF kommen. Er war Mitglied des 4. Lehrganges und nahm 1951 das Studium auf. Er erzählte uns oft, dass er das Studieren und Recherchieren, Fragen und Forschen etc. nie aufgab und wenn das nicht mehr ginge, dann ... Er starb im Oktober vergangenen Jahres.

Rekordhalter im Dauerdoppelpack: 30 Jahre kritische Blicke in die GdFF-Finzen



Rechtsanwalt Hans-Jürgen Wolter und Steuerberater Falk Halenza aus Lübeck achten darauf, dass bei der Kassenführung alles mit rechten Dingen zugeht. Sie halten den Rekord beim Durchhalten, denn ihre Amtszeiten als wichtige Funktionsträger belaufen sich mittlerweile auf mehr als 30 Jahre. Dafür und für den speziellen Humor, den die beiden sich beim drögen Gegenchecken bewahrten, gebührt ihnen unser aller großer Dank. Sie haben oft detailliert nachgehakt und angemahnt, über diese und jene Kostensenkung nachzudenken. Aber es kamen von ihnen auch kritische Hinweise wegen eines allzu sparsamen Umgangs mit vorhandenen Ressourcen. Das war gut; es ist nicht die Aufgabe des Vorstands (kleine) Vermögen anzusammeln. Zu hohe Guthaben könnten die Anerkennung der Gemeinnützigkeit gefährden. So wurden wir ermutigt, neue Vorhaben zu finanzieren, die den Vereinszwecken dienen: Mehr Werbung und Information, Flyer und Veranstaltungen, die die Aufnahmeprüfung als offenen Zugang zum Studium mit Berufserfahrung bekannter machen, stehen dabei immer im Mittelpunkt.

Gerhard Kroebel: 60 Jahre Mitglied und erster Erster der GdFF

Die Dauer seiner Mitgliedschaft kann bisher niemand toppen. Gerhard Kroebel ist Gründungsmitglied der GdFF und wurde ihr erster 1. Vorsitzender. Studiert hat er im 2. Lehrgang der „Akademie für Gemeinwirtschaft“. Er war anschließend im DGB-Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik, tätig und hat sich dort vor allem mit Veröffentlichungen zur Europäischen Integration beschäftigt. Im Zentrum der EU, in der Nähe von Brüssel lebt Gerhard Kroebel heute im (Un)Ruhestand inmitten seiner deutsch-belgischen Familie.

Prof. Dr. Fritz Rudolph. Absolvent des 1. Lehrgangs

Prof. Rudolph ist zwar erst seit 59 Jahren Mitglied der GdFF. Als Eintrittsdatum ist das Jahr 1953 vermerkt. Er ist inzwischen der einzige Absolvent des 1. Lehrgangs: Er nahm 1948 das Studium auf.

Die GdFF Mitgliederversammlung 2013

wird voraussichtlich am Samstag, dem 20. April (oder am 13.) stattfinden. Das Programm soll vom bisher üblichen Ablauf abweichen und mittags starten. Nach der Mitgliederversammlung im von-Melle-Park 9 lädt der Vorstand am späten Nachmittag zu einem Rundgang über den Campus ein. Ein Historiker erläutert und zeigt uns das neue „Jüdische Leben am Grindel 2013“. Danach treffen wir uns zu einem koscheren Essen, (vermutlich im Restaurant Leonar am Grindelhof). Alle weiteren Infos finden sich in der Einladung!

Text: Dieter Koch, Manfred Weichsel

1952 – 2012 DIE GESCHICHTE DER GDFF

„Unser Hausrat hier als Pfand, für den neuen Studiengang“: Unter diesem Motto demonstrieren Studierende im Jahr 1979 für die Einführung eines zweiten Studienabschnittes (Vorläufer der Masterprogramme).



Bild links: Warteschlange vor der gestrengen Frau Thode – die Bibliothekarin in der Mollerstraße. Mitte: Bundespräsident Theodor Heuss bei seiner Ansprache zum 10-jährigen Bestehen der Akademie für Gemeinwirtschaft. Rechts: Studium mit Krawatte. Der 6. Lehrgang im Sommer 1955.

Die Geschichte der GDFF beschreibt immer auch die Geschichte der HWP. Über Jahrzehnte verband beide Organisationen eine gemeinsame Überzeugung – Chancengerechtigkeit in der Bildung als angewandte Sozialpolitik. Viele GdFF Mitglieder nutzten die Chancen des Studiums ohne Abitur: Manch Lernender wurden Lehrender, manchmal Gelehrter ...

Im Herbst 1948 nahm auf Initiative von Hamburger Sozialdemokraten, von Gewerkschaften und gemeinwirtschaftlichen Produktions- und Einkaufsgenossenschaften die „Akademie für Gemeinwirtschaft“ mit Sitz in Hamburg, Mollerstraße 10, ihre Ausbildungstätigkeit auf. Das künftige Berufsfeld der Absolventen der Akademie sollten Unternehmen der öffentlichen Wirtschaft, der gemeinwirtschaftlichen Wohnungswirtschaft, die Genossenschaften und Unternehmen der freien - d.h. vom Staat unabhängigen - Gemeinwirtschaft sein. Zu den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen gehörten z.B. die Volksfürsorge mit deren Versicherungsunternehmen, die Neue Heimat mit ihren Wohnungs- und städtebaulichen Unternehmen, die Bank für Gemeinwirtschaft, das Beamtenheimstättenwerk BHW, die Europäische Verlagsanstalt EVA, die Büchergilde Gutenberg, der Autoclub Europa ACE, der Bund Deutscher Konsumgenossenschaften, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften GEG.

Zum Studium an der Akademie zugelassen wurde nur, wer eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine mehrjährige Berufserfahrung nachweisen konnte und eine mehrtägige Aufnahmeprüfung bestand.

Die Akademie für Gemeinwirtschaft mit ihren anfänglich 80 Studierenden pro Jahr und Lehrgang entzog sich von Beginn an dem Sog des oft sehr eingleisigen Fachstudiums an Universitäten und hat einen eigenständigen Kurs gesteuert. Sie hat von Anfang an das praktiziert, was die herkömmlichen Universitäten immer wieder versuchen - bislang ohne erkennbaren Erfolg: Berufserfahrenen ohne Abitur eine wissenschaftliche, praxisbezogene, fächerübergreifende Ausbildung zu bieten.



Hier begann die Geschichte der „Akademie für Gemeinwirtschaft“. Das Haus in der Mollerstraße 10 hatte Platz für Lehrkörper, Verwaltung und Bibliothek.

Nutzung der Nicht-Abiturienten Reserve

Die Absolventen der ersten beiden Jahrgänge wollten einen Freundes- und Fördererkreis schaffen. Acht Ehemalige gründeten den Verein „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Akademie für Gemeinwirtschaft“ mit Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Eintragung im Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg erfolgte am 29. März 1952 unter der Nr. 4908. Die von einer Teilnehmerin und sieben Teilnehmern der Gründungsversammlung beschlossene Satzung sah als Zweck der Gesellschaft nicht nur die Pflege der Beziehungen unter den Mitgliedern und zwischen den Absolventen und „ihrer“ Akademie vor, sondern auch eine tatkräftige Werbung für das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studium an der Akademie

und den Gedanken der sozialen und gemeinwirtschaftlichen Hochschule.

Die Akademie für Gemeinwirtschaft war wie ihre Nachfolgeeinrichtungen „der praktisch gewordene Protest gegen die überkommene Bildungswelt, in der und mit der wir leben“ (H.D. Ortlieb). Ursprüngliches Ziel der neuen Bildungsstätte war die Förderung der Gemeinwirtschaft und die Beseitigung des auch kriegsbedingten eklatanten Nachwuchsmangels durch bewusste Nutzung der sog. Nicht-Abiturienten-Reserve.

Das Studium sollte zu verantwortungsbereiter Mitarbeit in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erziehen und ein umfassendes historisches, rechtliches, wirtschaftliches und soziologisches Wissen und Können in Gestalt einer vollwertigen Hochschulbildung vermitteln. Wichtig waren die allgemeinen Wissensgrundlagen, die Schulung im kon-

Prof. Karl Schiller – von 1966 bis 1972 Bundesminister für Wirtschaft: Einer der Gründerväter der Akademie in vollem Ornat.



zentrierten geistigen Arbeiten und die Erziehung zu einem sozial engagierten Verhalten. Wer diese Tugenden beherrsche, sei - davon war man überzeugt - auf Dauer in allen Lebenslagen erfolgreich.

Der Leistungswille und die Leistungsfähigkeit derer, die sich dieser Ausbildungsstrapaze unterzogen, waren die Basis dafür, dass ihre Bildungsstätte im Laufe der Jahre einen guten Ruf erwarb. Ihre Zuverlässigkeit und ihre Fähigkeiten im beruflichen Alltag waren Voraussetzung dafür, dass sich die Akademie für Gemeinwirtschaft und später die Akademie bzw. Hochschule für Wirtschaft und Politik zum Markenzeichen entwickelte. Sie wurde anerkannt und gefördert, weil man ihre Absolventen fordern konnte.

Von der Gründung bis heute: Ein Beitrag zur praktischen Sozialpolitik

In der Gesellschaft der Freunde und Förderer sammelten sich seit 1952 all jene, die persönlich für ihre Bildungsstätte warben und Förderer gewannen. Der tiefere Sinn der Gesellschaft war und ist die ideelle und materielle Unterstützung einer Bildungsstätte, die begabten jungen Menschen eine praxisbezogene Hochschulbildung ermöglichte, denen es aus vielerlei - meist ökonomischen - Gründen versagt blieb, die Bedingungen für ein Universitätsstudium zu erfüllen. So gesehen hat diese Institution ebenso wie ihre Fördergesellschaft mit großem Engagement auch praktische Sozialpolitik geleistet - bis heute.

Die Anfänge der GdFF: Wachstum im Zeichen des Wirtschaftswunders

Im ersten Jahrzehnt (1952-1961) erblühte die GdFF zu einer nach innen

stets wachsenden und nach außen stets deutlich wahrnehmbaren Gemeinschaft, die für die Hochschule wissenschaftliche Dispute und öffentliche Diskussionen finanziell ermöglichte und sich Gehör wie Anerkennung zu verschaffen wusste.

Im Gründungsjahr der Gesellschaft beschränkte sich die Mitgliederwerbung ausschließlich auf Dozenten, Assistenten, Angestellte und Absolventen der Akademie. Zum Jahresende hatte die Gesellschaft immerhin 135 Frauen und Männer als Mitglieder geworben. In den folgenden Jahren konnten zahlreiche juristische Personen, vor allem aus dem eingangs beschriebenen gemeinwirtschaftlichen Bereich und der Montanindustrie, als Mitglieder geworben werden.

Bereits bis zum Ende des Jahres 1955 stieg die Zahl der Mitglieder auf insgesamt 439, davon 387 natürliche Personen, 28 Genossenschaften (einschließlich Bauvereine), sieben Verbände, zehn Aktiengesellschaften (Montanindustrie usw.) sowie sieben Banken und Versicherungen. Den höchsten Mitgliederstand erreichte die Gesellschaft im Jahre 1973 mit 1.645. Seitdem sank die Zahl leider ständig. Zurzeit hat die GdFF 553 Mitglieder.

In dem Maße, wie sich der Kreis der Absolventen vergrößerte und die Kontaktpflege schon aus räumlichen, technischen und organisatorischen Gründen zunehmend schwieriger wurde, verschoben sich auch die Schwerpunkte der Vereinsarbeit. Der Gesellschaft ging es, je länger sie existierte, vorrangig darum, sich für den „Gedanken des sozialen Ausgleichs und die sachliche Erörterung und Klärung aller Fragen der Sozial- und Wirtschaftsordnung“ einzusetzen und mit der Akademie, besonders auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, zusammenzuarbeiten. Das fand

„Der Leistungswille und die Leistungsfähigkeit derer, die sich dieser Ausbildungsstrapaze unterzogen, waren die Basis dafür, dass ihre Bildungsstätte im Laufe der Jahre einen guten Ruf erwarb“

bereits 1953 in einer Satzungsänderung ihren Niederschlag und hat bis heute Bestand.

In diese Dekade fällt auch die erste Umbenennung des Förderobjektes. Aus der „Akademie für Gemeinwirtschaft“ wird die „Akademie für Wirtschaft und Politik“. Denn bereits Mitte der 50er Jahre entsprachen weder das Lehrangebot noch die Studierenden und auch nicht der Verbleib der Absolventen dem Namen der Institution. Deshalb kommt die Umbenennung 1961 recht verspätet. Einer der Gründerväter, H.D. Ortlieb, sagte anlässlich der Umbenennung, dass man den neuen Name brauche, „damit jeder schon an ihm erkennen kann, was unsere Akademie eigentlich schon von Anfang an gewesen ist.“ Die Förderergesellschaft hat sich dann umgehend ebenfalls einen neuen Namen gegeben.

Ausbruch aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaften

Mit der Geschichte der GdFF eng verbunden ist die Tatsache, dass die Hochschule schon bald nach ihrer Gründung als Akademie für Gemeinwirtschaft als Stätte der Wissenschaft hohe Reputation erlangte. Viele herausragende Wissenschaftler waren hier als Lehrer wie Forscher tätig. Sie nahmen zu aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Problemen Stellung und verbargen keineswegs das Interesse, Einfluss mit dem Ziel des Veränderens gesellschaftlicher Verhältnisse auszuüben. Flaggschiff und wissenschaftlicher Ausdruck dieses Bemühens war das 1956 von Heinz-Dietrich Ortlieb auf den Weg gebrachte „Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Es war von 1956 bis 1964 eine Veröffentlichung der Akademie für

Gemeinwirtschaft bzw. der Akademie für Wirtschaft und Politik. Ab 1965 wurde es gemeinsam mit dem Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv (HWWA) herausgegeben, nachdem H.D. Ortlieb dessen Leiter wurde. Die GdFF sicherte die Herausgabe dieses Jahrbuchs finanziell von 1956 bis 1980 ab, ab 1965 war auch das HWWA beteiligt.

Anlass zu diesem Jahrbuch war der Wunsch vieler „in Wirtschaft, Verwaltung und Politik tätiger ehemaliger Studierender der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, nach Abschluss ihres Studiums mit ‚wissenschaftlichem Material‘ versorgt zu werden, das ihnen Anregung und Orientierung für ihre praktische Berufsarbeit bietet.“

Klar war von Beginn an die Überzeugung, Wissenschaft dürfe nicht davor zurückschrecken, sich selbst zuweilen in die gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu begeben und ihren eigenen Beitrag in eine Form zu gießen, die ihn der Praxis verständlich und deshalb attraktiv mache. „Aus dem ‚Elfenbeinturm‘ reiner Neutralität vermag sie dies selten; hier lässt sich die Welt wohl interpretieren, aber kaum verändern. Zum Wirksamwerden im sozialen Bereich gehört nun einmal das Stellungnehmen und Bekennen. Auch ein Wissenschaftler kann das tun, ohne seinen Beruf verleugnen zu müssen, wenn er nur die Voraussetzungen klarstellt, auf denen sein Urteil und sein Standpunkt ruhen.“

Die Wochenzeitung DIE ZEIT urteilte schon bald: „Im Gegensatz zur Praxis vieler anderer wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen haben sich Herausgeber und Autoren des Hamburger Jahrbuchs noch nie gescheut, auch zu politisch kontroversen Themen Stellung zu nehmen und aktuelle Probleme mit wissenschaft-

Auch eine Art Uniform? Lehre an der HWP in den siebziger Jahren.





licher Methodik zu untersuchen. Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Literatur nimmt es deshalb einen wichtigen Platz ein.“ Diese habe „wenig Ebenbürtiges“ vorzuweisen; das Jahrbuch sei eine „Fundgrube an Grundsatzkenntnissen zu Fragen der Wirtschaft und Gesellschaft.“

Die GdFF hat darüber hinaus nicht nur zahlreiche Einzelpublikationen, überwiegend von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Akademie gefördert, sondern neben oder nach dem Hamburger Jahrbuch eine Reihe regelmäßiger Veröffentlichungen unterstützt und teilweise selbst herausgegeben. Besonders zu nennen sind hier die „Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde und Förderer“ von 1952 bis 1985, in denen von 1969 bis 1980 auch der Inhalt der Zeitschrift „Gegenwartskunde - Gesellschaft - Staat - Erziehung“ abgedruckt wurde. Zu verweisen ist ferner auf die „Sozialökonomischen Beiträge - Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ von 1990 bis 1993, auf die „Modellanalysen zu Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und „Kleine Schriften der HWP“. Zuletzt gab die GdFF gemeinsam mit der HWP die „Schriftenreihe der Hochschule für Wirtschaft und Politik“ heraus, in der Monographien, Dissertationen, aber auch Sammelwerke veröffentlicht wurden, wie z.B. jene, die aus den Symposien der Gesellschaft hervorgingen.

Im zweiten und dritten Jahrzehnt (1962-1981) geriet die GdFF in Turbulenzen, die von den Studierenden an den Universitäten ausgingen. Es war jene Zeit, in der auch an der Akademie für Wirtschaft und Politik erhebliche Veränderungen durchgesetzt wurden. Sie kann ab Ende der 60er Jahre ihre Aufnahmekapazität vervielfachen und festigt da-

durch ihren Ruf als bundesweit wichtige Hochschule des zweiten Bildungsweges. Die neue Bildungspolitik lässt die Struktur des Hochschulbereiches nicht unberührt. Die „Akademie für Wirtschaft und Politik“ wird zur „Hochschule für Wirtschaft und Politik“. Damit erhält sie das Logo „HWP“, das für die nächsten Jahrzehnte der „Rufname“ der Hochschule und für die Absolventen zusammen mit der Lehrgangsnummer das Erkennungszeichen für eine Gemeinschaft wird. Die Fördergesellschaft ändert daraufhin erneut ihren Namen, der nun für mehrere Jahrzehnte Bestand hat.

Turbulente Zeiten sind häufig auch besonders kreativ. Ein junger und reformfreudiger Lehrkörper leitet eine Phase der internen Umstrukturierung ein. Es entsteht ein studienbegleitendes Prüfungssystem. Dies und die Betonung der Interdisziplinarität lockt bald Studienbewerber mit Abitur an. Diese werden zu einer wertvollen Bereicherung der Studierendenpopulation.

Später richtet die Studienreformdebatte ihren Fokus auf einen aufbauen, zweiten Studienabschnitt. Der Begriff „Sozialökonomie“ tritt auf den Plan. Nach langen Kämpfen wird der „SozÖk“, dessen Kennzeichen das Studium in Projekten ist, eingeführt. Er ist der Vorläufer der heutigen Masterprogramme.

GdFF im Kreuzfeuer eines Generationenkonflikts

Aber trotzdem wird gegen Ende der siebziger Jahre das Verhältnis zwischen der Hochschule und der Gesellschaft Belastungen ausgesetzt. Die Differenzen entzündeten sich am „Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ Die HWP stellte ihre Beteiligung ab 1978 ein und gab ein eigenes Jahrbuch

heraus. Die GdFF subventionierte das „Hamburger Jahrbuch“ noch weiter. Erst nach der 25. Ausgabe im Jahre 1980, die seinem Begründer Heinz-Dietrich Ortlieb zum 70. Geburtstag gewidmet war, wurde die Förderung eingestellt. Nachdem das Förderobjekt HWP ein eigenes „Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie“ herausgab, war ein Festhalten am „alten“ Jahrbuch nicht mehr mit dem Gedanken der gemeinnützigen Förderung vereinbar. Die GdFF stand im Kreuzfeuer eines Generationenkonflikts. Auf der einen Seite die jungen und in den sechziger Jahren wissenschaftlich sozialisierten Professoren und Dozenten, auf der anderen Seite die Absolventen aus den 50er und frühen 60er Jahren, die sich an das „Hamburger Jahrbuch ...“ gewöhnt hatten, es als Teil ihrer eigenen Biographie begriffen und es gerne für ihre eigene Weiterbildung nutzten.

Neuer Elan in den Achtzigern: Von Sommerhochschule bis Keynes Symposium

Das vierte Jahrzehnt (1982-1991) war wieder von jenem Elan getragen, der mit Hilfe vieler wissenschaftlicher Symposien aktuelle und breit interessierende Themen zur öffentlichen Diskussion stellte. Unsere Gesellschaft ehrte gemeinsam mit der HWP unter maßgeblicher Mitwirkung von Prof. Harald Mattfeldt den Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes anlässlich seines 100. Geburtstages 1983 mit einem Symposium. Diese gemeinsam mit der HWP umgesetzte Veranstaltung war bundesweit die einzige, die an diesen großen Nationalökonomem erinnerte.

Außerdem belebt die HWP die wissenschaftliche Diskussion mit der „Som-

merhochschule“, die sich wechselnden aktuellen Themenstellungen widmet. Die GdFF gehört zu ihren Unterstützern. Aus der Sommerhochschule entwickelt sich dann das „Institut für Weiterbildung e.V.“ und die Einrichtung von mehreren, noch heute angebotenen Kontaktstudiengängen. Damit wurde für eine umfassendere Zielgruppe erreicht, was die GdFF bereits zu Beginn der siebziger Jahre vergeblich versuchte, nämlich für Absolventen der HWP sog. Kontaktstudienveranstaltungen einzurichten und auf diese Weise eine institutionalisierte Organisationsform für ein Kontaktstudium zu schaffen. Als integrierter Bestandteil des Lehr- und Studienplanes sollte ein Austausch von Wissen und Erfahrung zwischen den Absolventen und den jeweils Studierenden angestrebt werden. Das Vorhaben scheiterte, weil der Senat die Kosten für zusätzliche Dozenten-Stellen nicht übernahm.

Das Ende der HWP: Der erzwungene Neuanfang der GdFF

Das fünfte Jahrzehnt (1992-2001) war für unsere Gesellschaft geprägt von der Überzeugung, die HWP habe sich als kleine reformfreudige „Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik“ mit einem bundesweit guten Ruf voll etabliert. Nachdem Promotions- und Habilitationsrecht verliehen wurden, änderte sie erneut ihren Namen. Ob die Bezeichnung „Universität“ sinnvoll war, darüber wird noch heute gestritten. Aber sie wird mit ihrem gestuften Studiensystem zum Modellfall, und der damalige Präsident Lothar Zechlin beginnt mit einem ebenfalls über die Grenzen hinaus wahrgenommenen Prozess der Organisationsentwicklung. Bei der Fördergesellschaft war allerdings die Mitgliederentwicklung



DiplomandInnenfeier im Februar 1995: Betriebswirte blasen den Marsch – Goswin Voswinkel und Klaus Plate an Trommel und Dudelsack.



Volles Haus auch in den Semesterferien: Die Sommerhochschule etablierte sich in den achtziger Jahren als Vorläufer des Instituts für Weiterbildung.



Man steht zur HWP: Schulungen der Tutoren für die Orientierungseinheiten im Jahr 1998

Volles Haus:
Die Woche der
Profildiskussion im
Dezember 1995



negativ. Die juristischen Personen traten aus, die aus dem gewerkschaftlichen Sektor hatten die Bildfläche schon früher verlassen. Unter den Studierenden verbreitete sich die Ansicht, wichtig sei, die Chance zum Studium für sich zu nutzen, sie bleibe ja - institutionell abgesichert - ohnehin für künftige Interessenten bestehen, es bedürfe keiner individuellen Förderung durch beitragspflichtige Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft.

Das sechste Jahrzehnt (2002-2011) brachte die eher düsteren Jahre. Der von der CDU seit Jahrzehnten betriebene Angriff auf die juristische Selbstständigkeit der HWP mündete ein in die organisatorische Verschmelzung mit der Universität Hamburg zum 1. April 2005. Dieser Weg in die Unselbstständigkeit beruht allein auf Entscheidungen der CDU-Mehrheit im Hamburger Senat und in der Hamburgischen Bürgerschaft. Als deutlich zu markierender politischer Merkposten bleibt die Tatsache, dass sich der CDU-Senat bis zuletzt weigerte, die Gründe für seine Entscheidung offen zu legen. Weder der Bürgerschaft, also dem Hamburgischen Parlament, noch dem mit der Fusion befassten Ausschuss dieses Parlaments gelang es, die Gründe zu erfahren.

Den anstehenden Verlust der juristischen Selbstständigkeit der HWP vor Augen, sah sich der damalige Vorstand der Gesellschaft vor die Frage gestellt, welche Zukunft eine Vereinigung hat, der das Förderobjekt abhandenkommt. Aus der im Herbst 2004 etablierten „Arbeitsgruppe Zukunft“ hat sich der seit 2005 amtierende Vorstand (mit wechselnden Personen) entwickelt; alsbald wurden nicht nur die internen Probleme beseitigt, sondern auch eindeutige Positionen bezogen und politische Aktivitäten nach außen entfaltet. Nach Jahren der Unsicherheit wurde 2008 endlich geklärt, welchen konkreten Namen die frühere Organisationseinheit HWP nunmehr hat und behalten wird. Aus der einst selbstständigen

HWP wurde die unselbständige Einheit „Fachbereich Sozialökonomie“ in der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Erhalten blieb der „Sozialökonomische Studiengang“, der nun die Bachelorphase bezeichnet. Die GdFF hat daraus 2009 die satzungsrechtlichen Konsequenzen gezogen. Der Verein führt seitdem den Namen „GdFF - Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals: HWP) e.V.“

Praktische Hochschulförderung für Chancengerechtigkeit in der Bildung

Doch der von der Mitgliederversammlung beschlossene Zusatz „(vormals HWP)“ dient nicht nostalgischen Erinnerungen. Er ist Arbeitsprogramm der GdFF für die Zukunft. Die 2005 beschlossene Präambel zur Satzung soll Richtschnur für die GdFF-Vorstände sein. Im Mittelpunkt stehen die Förderung eines offenen Hochschulzugangs an der Universität Hamburg und die Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Vorbildung. Beide sollen in ein wissenschaftliches, praxisbezogenes und interdisziplinär angelegtes Studium einmünden können.

Im Rahmen der großen Universität Hamburg muss es möglich sein, was die HWP als kleine, aber feine und flexible Hochschule über Jahrzehnte nachweisbar erfolgreich zustande gebracht hat. Sie ermöglichte einerseits den Berufserfahrenen ohne Abitur ein wissenschaftliches Studium mit fächerübergreifendem Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und konfrontierte andererseits die oft praxisfernen Lehrenden mit der mitgebrachten Berufspraxis der Studierenden – zum Vorteil beider Seiten.

Die GdFF ist und bleibt jedenfalls

eine kritische Begleiterin der Entwicklung. Alle Freunde und Förderer bleiben aufgefordert, die altruistischen Anstrengungen der GdFF mit ihren Beiträgen und Spenden zu unterstützen, frei nach dem Motto: Tut Gutes, redet darüber und werbt dafür, dass diese Chance offen steht, erhalten bleibt und von möglichst vielen wahrgenommen wird. Dieses zivile Engagement ist eine notwendige, aber auch eine die Förderer auszeichnende Leistung. <<

Quellen und Kommentare

¹ Der aufmerksame Leser findet fast alle genannten Unternehmen entweder nicht mehr im Wirtschaftsteil einer Zeitung wieder oder er erkennt, dass sie bei identischen Namen nicht mehr zum gewerkschaftlichen Sektor gehören. Und er weiß auch, dass die in der Nachkriegszeit verbreitete Hoffnung, dass dem gewerkschaftlichen Sektor eine große Zukunft bevorsteht, getrogen hat. Diesen und anderen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft konnte sich unser Förderobjekt nicht entziehen. Die mehrfachen Namensänderungen der Hochschule und des Fördervereins werden hier nur kurz angesprochen. Ausführliche Informationen sind auf der homepage der GdFF zu finden: www.gdff.de

² So H.-D. Ortlieb im Vorwort des 1. Hamburger Jahrbuchs für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1956

³ Ebenda

⁴ So das Urteil des Instituts International Des Sciences Sociales Et Politiques, Fribourg.

⁵ Wie in vielen anderen Institutionen werden in dieser Zeit die Gründungsväter nicht mehr vorbehaltlos akzeptiert. Es werden Fragen nach deren Rolle in der Zeit vor 1945 gestellt. Penibel aufgearbeitet wurde die Gründungsphase von: v.Borries-Pusback, Keine Hochschule für den Sozialismus, Opladen 2002. Die Diskussion wurde von U. Reifner in seiner Abschiedsvorlesung wiederbelebt. Sie und eine Erwiderung von D. Koch ist auf der Homepage der GdFF zu finden.

60 JAHRE UND (K)EIN BISSCHEN LEISE ... ???

Abschließend packen wir das Megafon der lauten Besser- und Alleswischer ein. Nach dreißig Seiten des Gutredens und Gutschreibens über zweimal dreißig Jahre GdFF und HWP drängt sich die Frage auf: Gab es etwa keine Probleme? War die HWP tatsächlich großartig und wenn ja, war das einfach nur das Glück der jeweils optimalen gesellschaftspolitischen Umstände? Wer jetzt neu in den Fachbereich Sozialökonomie kommt und sich mit den Erzählungen einer legendären Vergangenheit konfrontiert sieht, ist vermutlich schon immun gegenüber der Übermutterundvatervorgängerin.

Die selbstkritische Retrospektive fragt daher: Was machte das besondere HWP-Klima bis etwa 2000 aus? Extern schützten uns diverse günstige Umstände, auch die AbsolventInnen in Politik und Verwaltung der Metropolregion: Sie trugen ihre Hochschule über manche Klippe, aber sie moserten auch und mahn-ten mehr klare Konturen an. Das fanden wir meistens mies und meckerten zurück.

Aber intern? Dominierten hier etwa gewerkschaftsorientierte Studierende, die die Chance der Qualifizierung dankbar und aktiv ergriffen? Nein bzw nur zum Teil: Hochmotivierte Studierende stellten nie eine Mehrheit. Sie wurden aber unterstützt und flankiert von Einzelnen, die kritische Fragen stellten, die unbequem nachbohrten, die unerbittlich Debatten einforderten, die engagiert neue Inhalte, Themen, Theorien, manchmal auch nur Modisches einbrachten. Dadurch ließen sich alle anregen. Denn die damals Lehrenden stellten sich der Debatte. Sie förderten diese Impulse und unterstützten studentische Ideen, hatten sie doch selbst als 68er für mehr Mitwirkung, Mitbestimmung, Mitarbeit und Kritik im elitären Uni-Betrieb gestritten

und in der Selbstorganisation von Gegenuniversitäten ausprobiert. HWP-Kurse zu Gender, Migration, Armut, Ökologie, Nachhaltigkeit, Entwicklungspolitik, Rassismus etc. verdanken sich diesem internen Prozess der zum Teil unerbittlichen(!) Auseinandersetzungen zwischen Lehrenden und Lernenden um thematische Relevanz und Aktualität der Kursthemen.

Es waren selbstbewusste, meist lebens- und berufserfahrene Studierende mit ausgesprochen kritischen Perspektiven auf Gewerkschaften. Darunter gab es oft Autodidakten, belese- ne Frauen und Männer, die solche Debatten anregten, anscho- ben, alle nervten, jedoch eigenständig forschten und arbeiteten, sich in Gremien wie Kursen engagierten. Das überzeugte.

Aber es gab nicht nur intrinsisch Motivierte. Die zahlreichen Lücken im Studien- und Prüfungsbetrieb wurden von nicht wenigen Studierenden manchmal oder allzu oft oder andauernd für einen schnelleren Durchgang und Abschluss genutzt. Und engagierte Lehrende mit modernen und flexiblen Lehrformen, die den Inhalten entsprachen, befanden sich auch in einer eher skeptisch beäugten Minderheitenposition. Gleichwohl sorgten sie für Bewegung, von der nach und nach alle profitierten.

Das Besondere waren erstens einzelne Studierende, die als Motor fungierten und zweitens jene Lehrenden, die ihnen den Freiraum boten für die „Entfaltung und Gestaltung“ von Impulsen, Ideen, Innovationen. Im Ergebnis zeigte sich, dass die studentische Integration in die Hochschule klappte und die Identifikation mit der HWP bei allen Beteiligten ausgeprägt gut war. Könnten Lehrende heute unter weitaus engeren zeitlichen und inhaltlichen Vorgaben des reglementierten Studiums im Bachelor und Master diesen Raum für Studierende freischaufeln?

Von einem Magazin zum 60-jährigen Jubiläum kann man eine kritische Chronik, aber keine historische Aufarbeitung unter Anwendung exakter wissenschaftlicher Methoden erwarten.

Um einer Verklärung der Vergangenheit entgegenzuwirken, will die GdFF ein Diskussionsforum auf ihrer homepage einrichten. Anlass ist die Abschiedsvorlesung von Prof. Udo Reifner. Er hat ihr den Titel „Abschied (von) der HWP“ gegeben. Reifner setzt sich sehr kritisch mit der Gründung und den Jahrzehnten danach, insbesondere seit 1990 auseinander.

Weil nach Ansicht des Vorstands die Erwiderung von Dieter Koch viele Fakten ergänzt, die bei Reifner fehlen, sollte man darüber diskutieren:

- Was waren wichtige Ereignisse, was kann/soll man vernachlässigen?
- Da diese Entgegnung aber jenseits der Fakten vor allem deutet und bewertet, dabei stark von persönlichen Erfahrungen geprägt ist, sollten wir uns auch darüber verständigen.
- Beide Texte werden demnächst in die Homepage der GdFF eingestellt.

Über alle Diskussionsbeiträge von neuen und alten Ehemaligen freut sich die GdFF. Sie wird, sobald genug Diskussionsbeiträge vorliegen, dazu eine Querschau erstellen.





Gesellschaft der Freunde und Förderer des
Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e. V.

**JETZT
MITGLIED WERDEN!**
Anmeldung unter
www.gdff.de

Mitglied werden in der GdFF

Warum lohnt es sich, Mitglied in der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Fachbereichs Sozialökonomie (vormals HWP) e.V. zu werden, obwohl die HWP als Fachbereich Sozialökonomie in die WiSo-Fakultät der Universität Hamburg eingegliedert wurde? Ein guter Grund ist: ...weil die HWP mit ihrem sozial-ökonomischen Studienangebot, um das es uns geht, in die WiSo-Fakultät der Universität Hamburg eingegliedert wurde.

Denn: Jede Mitgliedschaft zählt. Je mehr wir sind, desto günstiger steht die GdFF da. Mitglieder helfen uns so, das bewährte interdisziplinäre und praxisbezogene Studienmodell der ehemaligen HWP unter den veränderten institutionellen Bedingungen zu erhalten. Wenn alle in ihren Kreisen dafür werben, den offenen Hochschulzugang über eine Aufnahmeprüfung zu nutzen, stärken sie ein nach wie vor zentrales Markenzeichen der HWP, schützen und stützen es.

Mitglieder der GdFF sind vor allem Absolventinnen und Absolventen der HWP und ihrer Vorgängereinrichtungen, aber auch Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am neuen Fachbereich und an anderen Universitäten sowie Beschäftigte aus den Bereichen Technik und Verwaltung des Fachbereichs. Darüber hinaus unterstützen weitere Personen und Institutionen die GdFF durch ihre Mitgliedschaft.

Die GdFF baut vorhandene Netzwerke weiter aus. Dazu dienen die regelmäßigen Mitgliederrundbriefe sowie Newsletter an alle Mitglieder, die mit der elektronischen Form der Kommunikation vertraut sind. Der Kontakt zur ehemaligen HWP, zum Fachbereich Sozialökonomie in der Fakultät für Wirtschaft und Sozialwissenschaften, bleibt dadurch bestehen und kann für eigene persönliche und berufliche Netzwerke genutzt werden.

Sie möchten Mitglied werden?

Dann nutzen Sie bitte unseren Aufnahmeantrag, den Sie auf unserer Homepage www.gdff.de finden. Sie können die Aufnahme wie folgt beantragen:

per E-Mail: mitgliederverwaltung2012@gdff.de
schriftlich: GdFF
c/o Fachbereich Sozialökonomie,
von-Melle-Park 9,
20146 Hamburg
per FAX: 04101 591356

Der Jahresbeitrag beträgt für Studierende 10 Euro, für Berufstätige 45 Euro.

